

0

# offen-siv

---

**Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

**4/2017**

---

**Spendenempfehlung: 2,00 €**

## **Ausgabe Juli-August 2017**

Redaktionsnotiz.....	3
Fernstudium.....	4
<i>Frank Flegel</i> : Bericht vom 6. Seminar des von KPD und offen-siv gemeinsam organisierten marxistisch-leninistischen Fernstudiums.....	4
Zum Polizeieinsatz in Hamburg (G 20).....	8

<i>HNA: Interview mit einem SEK-Kommandoführer während des G-20-Gipfels in Hamburg</i> .....	8
Zu Gauck und Kohl.....	9
<i>Horst Schneider: Anmerkungen zum Antikommunismus des Dr. h. c. mult. Joachim Gauck</i> .....	9
<i>Gerhard Schiller: Gedanken über und um Kohl</i> .....	22
Partei Die Linke: Deutschland verliert eine prägende Persönlichkeit.....	31
100 Jahre Oktoberrevolution.....	32
<i>Frank Flegel: Veranstaltungen zu Ehren der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917</i> .....	32
<i>Josef Stalin: Zum zehnten Jahrestag des Oktobers</i> .....	39
Kurt Gossweiler.....	46
<i>Gerhard Feldbauer: Zu Kurt Gossweilers bahnbrechenden Forschungsergebnissen</i> .....	46
<i>Frank Flegel, Anna C. Heinrich: Über die dreibändige Sammlung der Analysen, Referate, Kritiken, Reden und Briefe Kurt Gossweilers</i> .....	50
Erinnerung an eine leidenschaftliche Revolutionärin.....	53
<i>Gerhard Feldbauer: Zum 200. Geburtstag von Mathilde Franziska Anneke</i> .....	53
Resonanz.....	57
<i>Gerhard Feldbauer: Zum Bericht über die Einheitskonferenz (offen-siv, 3/2017)</i> .....	57

## **Impressum**

### **offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Redaktion offen-siv, Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck

Tel.u.Fax: 05572 – 999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Internet: www.offen-siv.net

#### Spendenkonto:

In- und Ausland: Konto Frank Flegel,

IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49, BIC: SPKHDE2HXXX;

Kennwort Offensiv.

## Redaktionsnotiz

Ihr habt im Rahmen Eures offensiv-Abos den ersten Band der Sammlung der Analysen, Referate, Kritiken, Reden und Briefe Kurt Gossweilers zugesandt bekommen. Da wir sehr auf die Kosten schauen müssen, konnten wir dieser Sendung keine erläuternden Bemerkungen beilegen, denn das hätte das Porto um rund 450 Euro erhöht. Man darf nämlich in die portoreduzierte Büchersendungen keine Briefe einlegen, und das volle Porto eines Großbriefes war uns für die Sendung zu teuer. Deshalb einige Erläuterungen zu der Herausgabe der Sammlung nachträglich hier in diesem Heft.

Zu den weiteren Themen:

Dieses Jahr bringt uns den 100. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Selbstverständlich gab es inzwischen Planungen, Verhandlungen und Beschlüsse darüber, wie dieser Jahrestag zu begehen sei. Wir berichten über einige Hintergründe.

Zwei Figuren der Konterrevolution und der viel besungenen „deutschen Einheit“ haben sich verändert: Gauck ist seit einiger Zeit nicht mehr Bundespräsident, ein Amt, das ihm u.a. die Titel „Präsident der Herzen“ und „Mutmacher der Nation“ eingebracht hat – und der „große Europäer“ Kohl ist gestorben. Wir bringen kritische Würdigungen dieser beiden erbarmungslosen Kommunistenjäger.

Gerhard Feldbauer hat seine Gedanken zum Tode Kurt Gossweilers niedergeschrieben, die wir selbstverständlich gern veröffentlichen. So haben wir in diesem Heft drei Arbeiten von Gerhard Feldbauer: Zu Kurt Gossweiler, zum 200. Geburtstag von Mathilde Franziska Anneke und zum Bericht über die Einheitskonferenz der KPD.

Und der Bericht vom sechsten Seminar des Fernstudiums darf natürlich nicht fehlen.

Wir haben ein relativ gewichtiges Problem: Wir brauchen Geld. Ein solches Buchprojekt wie das der dreibändigen Gossweiler-Ausgabe frisst eine Menge Ressourcen, ist den Aufwand und das finanzielle Risiko aber auch wert.

Bitte unterstützt uns!

**Spendenkonto Offensiv:**

**Konto Frank Flegel,  
IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,  
BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.**

Beilage: Die Studienarbeit der Teilnehmer/innen des Fernstudiums von KPD und offen-siv: „Was wäre wenn... wir morgen in Deutschland eine Planwirtschaft hätten?“

## Fernstudium

### ***Frank Flegel: Bericht vom 6. Seminar des von KPD und offen-siv gemeinsam organisierten marxistisch-leninistischen Fernstudiums***

Am dritten Juni-Wochenende, dem 24. und 25. Juni 2017, fand das sechste Seminar unseres gemeinsamen Fernstudiums statt. Nach der Wiederholung widmeten wir uns zunächst der Endredaktion der gemeinsamen Studienarbeit der Fernstudenten/innen, die inhaltlich gemeinsam beim vierten Seminar von den Teilnehmern/innen erarbeitet und dann von einem achtköpfigen Redaktionskollektiv vorbereitet worden war: „Was wäre wenn ... wir morgen in Deutschland eine Planwirtschaft hätten?“ (48 Seiten, liegt dieser Ausgabe der offen-siv im Abo bei). Es gab dafür im Vorhinein so viele Bestellungen, dass wir eine Auflage von 1.000 Stück haben drucken lassen. An dieser Stelle herzlichen Dank an diejenigen, die uns für das Fernstudium mit Spenden geholfen haben – so konnten wir die Druckkosten vorfinanzieren.

Nach Abschluss der Arbeit an dieser Studienarbeit beschäftigten wir uns mit Lenin: Staat und Revolution. Da es auch bei diesem Thema u.a. um den Kampf gegen den Opportunismus ging, betrachteten wir danach die typischen Einfallstore des Revisionismus in unsere Theorie.

Wir stellten neun Bereiche fest, in denen immer wiederkehrend Angriffe auf den Marxismus-Leninismus zu verzeichnen sind:

Erstens: Reform statt Revolution, also Gerechtigkeit durch Umverteilungspolitik, Parlamentarismusillusionen, Illusionen in einzelne Führungskräfte.

Zweitens: Die Erosion der Leninschen Imperialismustheorie, also Leugnung der dem Imperialismus innewohnenden Kriegsgefahr, d.h. solche Theorien wie der „Ultra-imperialismus“, der „Kollektive Imperialismus“ usw., oder die Postulierung einer

neuen Epoche der Entwicklung des Kapitalismus, die über den Imperialismus hinausweise.

Dritten: Die Erosion des Systembegriffs, also Thesen wie: die Banken sind schuld, die transnationalen Konzerne sind schuld, die „Gier“ ist schuld, die Manager sind schuld, der Neoliberalismus ist schuld usw., nur eins soll nicht geschehen: es soll nicht die Frage nach dem Gesamtsystem gestellt werden.

Viertens: Die Abkehr von der Arbeitswerttheorie, also Behauptungen wie „Kapital schafft Wert“, oder „an den Börsen können Werte realisiert werden, die nicht auf Arbeit beruhen“. Damit wird die Ausbeutung relativiert, denn der Ausbeuter würde nicht mehr als derjenige dastehen, der sich fremde Arbeit unentgeltlich aneignet.

Fünftens: Die Abkehr vom Materialismus, also die These, man müsse das Denken verändern, wieder „menschliche Werte“ einführen, sich an die 10 Gebote halten usw., als würden „menschliche Werte“ die Welt machen und nicht die Welt die „menschlichen Werte“ formen.

Sechstens: Die Abkehr vom Proletariat, also die Behauptung, es gäbe einen tiefgreifenden Strukturwandel, damit sei das Proletariat nicht mehr die fortschrittliche Klasse. Diese „Theorien“ gipfeln in der Postulierung des „Endes des Proletariats“.

Siebtens: Die Abkehr vom Klassenkampf, also die Rede vom „neuen Gesellschaftsvertrag“, der „Überwindung der Klassen durch Überwindung des Klassenkampfes“ und ähnlicher Unsinn.

Achtens: Die Verteufelung der Planwirtschaft als „administrative Kommandowirtschaft“, „erstarrte Bürokratie“, die Rede von der „Gängelung der Betriebe“ durch die Plankommission im Sozialismus usw.

Neuntens: Der Anti-Stalinismus, also die Verteufelung des Sozialismus als „Parteidiktatur“ bzw. persönliche „Diktatur“ Stalins, die Rede von einer notwendigen „Erneuerung des Marxismus“, der „Überwindung des Dogmatismus“ usw., dem folgt meist schnell die Abkehr von Lenin, vor allem von seiner Partei- und Revolutionstheorie sowie der Imperialismustheorie.

Am zweiten Tag des Seminars beschäftigten wir uns zunächst mit den strategischen Problemen der kommunistischen Partei und der kommunistischen Weltbewegung, also der Frage der Bündnispolitik, der Aktionseinheit, dem Kampf gegen die Sozialdemokratie und der antifaschistischen Einheitsfront, dem proletarischen Internationalismus und dem Revisionismusproblem, also der Notwendigkeit der Klarheit der Theorie bei gleichzeitigen politischen Kompromissen in der Praxis der Aktionseinheit, der Einheitsfront und in anderen Bündnissen.

Danach stand die Analyse der vom Kapitalismus notwendig erzeugten Bewusstseinsdeformationen auf dem Programm. Ich will hier nur einen sehr knappen Überblick geben, das Thema soll später in einem ausführlichen Artikel differenziert dargestellt werden.

Der Warenfetisch, der Geldfetisch und der Kapitalfetisch führen dazu, dass a) die Menschen sich nicht als Subjekt der gesellschaftlichen Entwicklung begreifen, sondern als den gesellschaftlichen Verhältnissen ausgelieferte Objekte, dass b) Eigennutz vor Gemeinnutz steht und dass c) die Entwicklung von Klassenbewusstsein extrem erschwert wird.

Der Lohnfetisch lässt die Illusion entstehen, die Arbeit werde bezahlt (und nicht die Arbeitskraft verkauft). Wer glaubt, seine Arbeit werde bezahlt, kann die Ausbeutung nicht begreifen und wird nur schwer Klassenbewusstsein entwickeln können.

Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit sind in ihren Ursachen schwer durchschaubar und verstärken das Gefühl, irgendwelchen „höheren Mächten“ ausgeliefert zu sein. Hier ist der Nährboden für Religiosität, Esoterik, neue Innerlichkeit und ähnliches.

Der „schöne Schein“ der Zirkulationssphäre erzeugt den falschen Schein, erstens: die Menschen seien qualitativ gleich, nur im Quantum der Kaufkraft gäbe es Unterschiede (also arm und reich und nicht Ausgebeutete und Ausbeuter), und zweitens: im Konsum läge das Glück. So werden die Menschen zu passiven Konsumenten statt zu aktiven Produzenten.

Die Erziehung in der bürgerlichen Gesellschaft, also Elternhaus, Schule Lehre usw., setzen die Abrichtung der Menschen als Objekte fort durch noch immer patriarchale Erziehung, verheerende Geschlechterrollen, Fremdbestimmung und Selektion.

Der bürgerliche Parlamentarismus erzeugt den falschen Schein, der Staat im Kapitalismus sei nicht der „ideelle Gesamtkapitalist“, also eine Agentur der Bourgeoisie, die deren Interessen vertritt und durchsetzt, sondern im Gegenteil, der Staat sei eine die Gesellschaft formende Kraft.

Und die Biologisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, also der Glaube, dass „der Mensch nun mal so ist“, „der Menschen immer mehr haben will als sein Nachbar hat“, die Überzeugung, „Kriege hat es schon immer gegeben“ usw. macht die bürgerliche Gesellschaft zu einem Zustand, der dem menschlichen Wesen entspricht. Deshalb gibt es wahrscheinlich auch so viele psychische Erkrankungen...

Diese ganze Arbeit haben wir uns gemacht, weil wir kommunistische Agitation und Propaganda nicht einfach „aus dem Bauch heraus“ machen wollen, sondern sie gezielt ableiten wollen aus den typischen, im Kapitalismus notwendig entstehenden

Bewusstseinsdeformationen. Wir sind auf zehn Problemfelder und fünf wesentliche Kriterien gekommen:

Die zehn Problemfelder:

- 1.- Verlust der Eigeninitiative. Der Mensch nicht als Subjekt, sondern als Objekt. Der Mensch ist gewohnt, den Verhältnissen ausgeliefert zu sein, zu funktionieren und zu gehorchen.
2. Verlust der Rationalität, Abwesenheit der besten aller Fragen, nämlich der Frage: „Warum?“
3. Entstehen von Irrationalität, Mystizismus, Religion, Esoterik, - grundsätzlich: Abgabe der eigenen Verantwortlichkeit an irgendwelche höheren Wesen.
4. Weite Verbreitung von Kleingeistigkeit, Egoismus, Konkurrenz, Profilneurosen, usw.
5. Der Mensch nicht als Produzent, sondern als Konsument. Konsum als soziales Unterscheidungsmerkmal.
6. Verschleierung der Klassenwidersprüche, keine spontane Entwicklung eines realistischen Klassenbewusstseins.
7. Kein Systemgedanke bzgl. der Gesellschaft.
8. Geschlechtsspezifische und autoritäre Fixierungen, d.h. massenhaft schwere Persönlichkeitsdeformationen.
9. Zerstörung des Selbstbewusstseins (der Ichstärke) der Menschen.
10. Resultat all dessen: „Unser größter Feind ist die Dummheit der Massen“ (Ernst Thälmann). Das ist keine Beschimpfung, sondern die notwendige Folge des Kapitalismus.

Die fünf Kriterien:

- 1.- Klassenbewusstsein entwickeln. Für die Propaganda der zentrale Punkt!
- 2.- Den Systemcharakter des Kapitalismus/Imperialismus betonen. Die Durchschaubarkeit dieses Systems darstellen.
3. Die Staatsillusionen bekämpfen.
4. Vertrauen in die eigene Kraft entwickeln, weg kommen vom „Objektzustand“, hin zur Entwicklung des Menschen als Subjekt seiner Umgebung, also erfolgreiche Aktionen planen und durchführen. Selbstbewusstsein im Handeln entwickeln.

5. Solidarität als Kraft darstellen und erlebbar machen.

Am Ende des Seminars haben wir gemeinsam die für das letzte Seminar geplante Diskussion zum Thema „Was tun?“ vorgeplant und strukturiert. Dies siebente und letzte Seminar wird Ende August stattfinden. Ich bin sehr gespannt, denn es wurde deutlich, dass es ein großes Interesse daran gibt, den Zusammenhalt nicht zu verlieren und politisch konkret aktiv zu werden. Genauer wird die Diskussion ergeben.

## Zum Polizeieinsatz in Hamburg (G 20)

### **HNA: Interview mit einem SEK-Kommandoführer während des G-20-Gipfels in Hamburg**

*Über die Auseinandersetzungen in Hamburg ist schon und genug geschrieben worden. Wir wollen hier nur auf einen Aspekt hinweisen, der nach unserer Kenntnis unerwähnt blieb; d.Red.*

Auszug aus einem Interview der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen Zeitung (HNA) vom Fr., 14. Juli 2017 mit Swen Meves, Mitglied der Polizeiführung des Landes Sachsen und SEK-Kommandoführer während des G-20-Gipfels in Hamburg (es ging um das „berühmte“, mit einem Baugerüst versehene Haus, vom dem Gegenstände auf die Polizei hinabgeworfen wurden.):

Frage: *„Was für eine Situation haben Sie angetroffen und wie waren Sie darauf vorbereitet?“*

Antwort Swen Meves: *„Die Ausgangslage war die, dass wir damit rechnen mussten, auch auf mit Schusswaffen bewaffnete Straftäter zu treffen.*

*Dem entsprechen war unser Vorgehen extrem robust auf Eigensicherung, aber auch auf hohe Dynamik ausgelegt. Das heißt, der Schusswaffengebrauch war für uns freigegeben (Hervorhebung: offen-siv), wir haben Ablenkungspyrotechnik in den Gebäuden eingesetzt und geschlossene Türen mittels Schusswaffen mit spezieller Munition geöffnet.*

*Alle, die wir angetroffen haben, haben wir sofort auf den Boden gelegt, gefesselt und anschließend abführen lassen.“*



**Anmerkung der Red. offen-siv:**

„... , der Schusswaffengebrauch war für uns freigegeben.“

Die bürgerlichen Medien feierten die Polizei als „Helden“, die Bildzeitung hat „allen verletzten Polizisten“ eine Urlaubsreise als „Dank der Bild-Leser“ versprochen usw.

Und es gab andauernd die Rede von den „rechtsfreien Räumen“, die nicht geduldet werden dürften. Der gravierendste „rechtsfreie Raum“ wurde in diesem Interview von diesem Kommandoführer zugegeben. Es wäre nicht das erste Mal in der Geschichte der BRD gewesen, dass die Polizei bei linken Demonstrationen Menschen erschießt.

## Zu Gauck und Kohl

### ***Horst Schneider: Anmerkungen zum Antikommunismus des Dr. h. c. mult. Joachim Gauck***

**„Wir wissen, wie man Drachen erlegt. Ohne Angst der Vielen keine Macht der Drachen“<sup>1</sup>**

In diesem Text wird versucht, einige „Grundlinien“ des politischen Denkens Joachim Gaucks herauszufinden, die seine Aktivitäten als Leiter der nach ihm benannten Behörde bestimmten und danach seine Reden als Bundespräsident prägten. Dass solche „Grundlinien“ von Staatsoberhäuptern das Schicksal von Millionen Menschen negativ beeinflussen können, beweisen u.a. die aufeinander folgenden Friedrich Ebert, Feldmarschall von Hindenburg und Hitler. Die Bismarcksche Reichsregierung war Ergebnis von „Blut und Eisen“ und hat zum Ersten Weltkrieg geführt. Sie wirkt bis heute in der Politik nach. Auch die zehn Bundespräsidenten vor Gauck haben ein spezifisches politisches Erbe hinterlassen. Gauck unterschied sich von seinen Vorgängern durch Biographie und Beruf. Er war der erste DDR-Bürger, der das höchste Staatsamt erklomm, und er war von Beruf Pfarrer. Es muss triftige Gründe geben, dass gerade er das „Vertrauen“ (wessen?) erhielt.

Im Fall Gauck ist zu berücksichtigen: Er wurde in den Medien schon zu Lebzeiten zum Quasiheiligen ernannt. Er sei der „Mutmacher der Nation“ (Das Parlament,

---

<sup>1</sup> Joachim Gauck am 9. August 2012 in Rostock anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerschaft

26.3.2012), für Siegmund Gabriel ein „großartiger Präsident“ (ebenda), für andere ein „Menschenfischer“ (ebenda). Er wurde sogar „König Jochen“ (Die Zeit. 31. 7. 2014).

Angela Merkel, die den Expfarrer weder 2020 noch 2012 als Bundespräsident mochte, hat Gauck an dessen 70. Geburtstag am 24. Januar 2010 in die deutsche Walhalla gestellt: Gauck sei Bürgerrechtler, politischer Aufklärer, Freiheitsdenker, Versöhner und Einheitsstifter.

Ehe ich mich zu Joachim Gaucks Reden äußere, möchte ich die Maßstäbe begründen, von denen ich ausgehe:

**Erstens:** Joachim Gauck war honorierter Interpret der Bibel und ruft zur Verteidigung „christlicher Werte“ auf. Zu fragen ist, was einem Gottesdiener ziemt oder untersagt ist. Dass Christus die Nächsten- und Feindesliebe predigte und vorlebte, sogar noch am Kreuz, wird auch der schlimmste Heuchler kaum bestreiten können. Ich wähle als Beleg für christliche Pflicht den Text von Christus‘ „Feldpredigt“ nach den Worten des Apostels Lukas aus: *„Richtet niemand, dann wird Gott auch euch nicht richten. Verurteilt niemand, dann wird Gott auch Euch nicht verurteilen. Verzeiht, dann wird Gott euch verzeihen. Schenkt, dann wird Gott euch schenken; ja, er beschenkt Euch so überreich, dass ihr gar nicht alles fassen könnt. Darum gebraucht andern gegenüber ein reichliches Maß; Gott wird bei Euch dasselbe Maß verwenden ... Warum kümmerst Du Dich um den Splitter im Auge deines Bruders und bemerkst nicht den Balken in deinem eigenen? Wie kannst du zu deinem Bruder sagen: ‘Komm her, Bruder, ich will dir den Splitter aus dem Auge ziehen’, und merkst gar nicht, dass du selber einen ganzen Balken im Auge hast? Du Scheinheiliger, zieh erst den Balken aus deinem Auge, dann kannst du dich um den Splitter im Auge deines Bruders kümmern.“* (Lukas 6. 37, 38, 41, 42)

War das der Maßstab, von dem sich Joachim Gauck leiten ließ?

**Zweitens:** Für jeden Menschen, erst recht für Politiker, gelten Völkerrecht, Verfassung und Gesetz. Sowohl die Charta der Menschenrechte wie das Grundgesetz bestimmen, dass niemand wegen seiner politischen und religiösen Überzeugung benachteiligt werden darf und das rückwirkende Strafrecht verboten ist.

Nach Artikel 56 des Grundgesetzes leistet der Bundespräsident bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrats folgenden Eid: *„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werden. So wahr mir Gott helfe.“* Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

Darf und muss gefragt werden, ob und wie der Bundespräsident Gauck Schaden vom Volk abwendete und Gerechtigkeit gegen jedermann ausübte?

**Drittens:** Joachim Gauck stand in der Nachfolge von zehn Bundespräsidenten, die auch mit der „Aufarbeitung“ der DDR-Geschichte und der „Bautzen-Problematik“ zu tun hatten. Bei seinem Bautzen-Besuch am 20. Februar 1992 mahnte Richard von Weizsäcker: *„Die Menschen wollen Aufklärung, nicht Abrechnung. Die Wahrheit soll ans Licht, damit Aussöhnung und Frieden möglich werden. Das geht nur durch Differenzierung. Pauschalurteile führen nicht zu Einsicht, sondern zu Verstockung. Pressefreiheit ist und bleibt ein entscheidender Bestandteil unserer Freiheit. Als Verleumdungsfreiheit darf sie nicht missbraucht werden. Aus der leidvollen Geschichte der DDR ein Objekt für Mediengeschäfte mit gekauften Akten und reißerischer Verbreitung von Angst und Feindschaft zu machen, ist ein widerwärtiger Skandal. Es darf nicht sein, dass die einen verdienen, die anderen verzweifeln.“*<sup>2</sup>

Wie politisch profitabel „widerwärtige Skandale“ sind. Dürfte Joachim Gauck besser wissen als die meisten Deutschen.

Auf der Prager Burg hatte Richard von Weizsäcker am 15. März 1990 erklärt: *Wir wollen die Geschichte nicht zur Verteidigung, zur Anklage oder zur Aufrechterhaltung missbrauchen. Dessen bedarf die Geschichte nicht, und uns würde es nicht weiterhelfen. Wen n wir uns in Frieden und Freundschaft begegnen wollen, dann brauchen wir Aufrichtigkeit sowohl miteinander als auch jeder für sich mit seiner eigenen Vergangenheit. Mit der Verbesserung muss jeder bei sich selbst beginnen, so sagt der große Denker Comenius. Auf den Menschen kommt es an. Schuld ist, wie Unschuld, niemals kollektiv, sondern persönlich. Gemeinsam aber tragen wir die Verantwortung für das, was wir aus dem Erbe der Geschichte in der Gegenwart machen.“*<sup>3</sup>

War es vorstellbar, dass solche Sätze aus dem Mund Gaucks kommen könnten?

Um Platz zu sparen, verzichte ich auf Zitate aus den Reden Johannes Raus.<sup>4</sup> Auf einige Sätze Roman Herzogs kann ich nicht verzichten, denn der war vor seiner Präsidentschaft oberster deutscher Richter gewesen. *„Leben kann man nicht gegen*

---

<sup>2</sup> Eintragung in das Gästebuch der Stadt Bautzen am 20. Februar 1992. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 26. Februar 1992, S. 232

<sup>3</sup> Staatsbesuch auf der Prager Burg am 15. März 1990; Richard von Weizsäcker, a.a.O., S. 225f.

<sup>4</sup> Host Schneider, Schwarz-Rot-Goldene Worte, Berlin 2009, S. 138f.

*Leben aufrechnen, Schmerz nicht gegen Schmerz, Todesangst nicht gegen Todesangst, Vertreibung nicht gegen Grauen, Entwürdigung nicht gegen Entwürdigung. Menschliches Leid kann nicht saldiert werden. Es muss gemeinsam überwunden werden, durch Mitleid, Besinnung und Lernen. Diese Mahnung richte ich auch an die Historiker und die historischen Laien, die sich noch heute um die Zahl der Opfer auf allen Seiten, vor allem aber um die Opfer des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft streiten. Man hat diese Rechenspiele zu Recht als die 'Ziffersprache des Ungeheuerlichen' bezeichnet. Diese Sprache führt nicht einen Schritt weiter, und sie entspricht auch nicht dem Denken der heutigen Deutschen in ihrer ganz großen Mehrheit.*<sup>5</sup>

Als Dresdener stimme ich voll zu. Wer weiß, wie oft sich Gauck auf das Schicksal seines Vaters bezog, wird bei Gauck bezweifeln, dass er Roman Herzog verstanden hat.

**Viertens:** Wenn der rote Faden in den Reden und Schriften Joachim Gaucks der Antikommunismus ist, müssen historische Erfahrungen berücksichtigt werden. Dass – nach Thomas Mann – der Antikommunismus die „Grundtorheit des Jahrhunderts“ ist, kann als bewiesene Erfahrung gelten. Die Hitlerbande führte ihren Aggressionskrieg mit der Begründung, die „jüdisch-bolschewistische Gefahr“ zu bannen. Die Bischöfe beider Konfessionen segneten – ohne Ausnahme – Krieg und Okkupation. Jeder kann die Fakten prüfen.<sup>6</sup>

Angesichts der verheerenden Wirkung, die der Antikommunismus in der deutschen Geschichte gespielt hat, halte ich es für nötig, aus aktuellen Gründen an einige tatsachen zu erinnern.

Der Jesuitenzögling Dr. Josef Goebbels forderte am 3. März 1933 in Hamburg: „*Weg mit dem bolschewistischen Gesindel aus Deutschland, holt die Anstifter heraus aus ihren Schlupfwinkeln.*“ Goebbels forderte seine Zuhörer sogar zum Lynchmord auf.<sup>7</sup>

---

<sup>5</sup> Rede in der Dresdener Kathedrale am 13. Februar 1995. Roman Herzog, Wahrheit und Klarheit, S 121 f.

<sup>6</sup> Karlheinz Deschner: Mit Gott und den Faschisten, Stuttgart 1965; Hubert Wolf: Papst und Teufel. Die Archive des Vatikans und das Dritte Reich, München 2008; Gerhard Besier: Der Heilige Stuhl und Hitler-Deutschland. Die Faszination des Totalitären, München 2004.

<sup>7</sup> Goebbels Reden 1932 – 1945, hrg. von Helmut Bleiber, Düsseldorf 1971/72, S. 75

Welcher Bischof ist Goebbels entgegengetreten? Als die Aggression Hitlerdeutschlands gegen die Sowjetunion 1941 begonnen hatte, erhielt der Antikommunismus des Dr. Josef Goebbels eine andere Färbung. Der Krieg musste begründet werden. Goebbels tat das am 18. Februar 1943 im Berliner Sportpalast so: *Wir durchschauen nicht nur die Ideologie, sondern auch Praktiken des Bolschewismus, denn wir haben uns schon einmal mit ihm, und das mit denkbar größtem Erfolg, auf innerpolitischem Felde auseinandergesetzt. Uns kann der Kreml nichts vormachen. Wir haben ihren vierzehnjährigen Kampf vor der Machtübernahme und ihren zehnjährigen Kampf nach der Machtübernahme, ihre Absichten und infamen Weltbetrugsmanöver demaskiert. Das Ziel des Bolschewismus ist die Weltrevolution der Juden! Sie wollen das Chaos über das Reich und über Europa hereinführen, um in der daraus entstehenden Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung der Völker ihre internationale, bolschewistische, verschleierte kapitalistische Tyrannei aufzurichten (Pfui-Rufe, weitere Zwischenrufe.) ... Hinter den vorstürmenden (erregte Zwischenrufe), hinter den vorstürmenden Sowjetdivisionen sehen wir schon die jüdischen Liquidationskommandos.*<sup>8</sup>

Haben der Papst und die deutschen Bischöfe das überhört?

Eigenartig und bemerkenswert ist, dass die Abrechner mit der DDR-Geschichte so gar keine Lust haben, die Geschichte der Kirchen in der Nazizeit „aufzuarbeiten“. Dabei könnte doch Gauck in der eigenen Familie beginnen über die Folgen antikommunistischer Verblendung nachzudenken. Manchem Leser mag es zu kühn erscheinen, Gaucks Antikommunismus-Reden mit denen von *Goebbels* zu vergleichen. Zunächst: Vergleichen ist nicht Gleichsetzung. Bei mir geht es um den Vergleich von Zitaten, nicht von Personen. Ich erinnere an eine Episode: Helmut Kohl verglich 1987 Michail Gorbatschows Auftreten mit der Demagogie eines Josef Goebbels. In der Erinnerung Gorbatschows liest sich diese Episode so: *„Als Bundeskanzler Kohl schließlich in seiner öffentlichen Stellungnahme erklärte, die Verlautbarungen über Reformen in der UdSSR und über das neue Denken seien lediglich Demagogie im Sinne der Goebbelschen Propaganda, da beschlichen mich gar Zweifel, ob die bundesrepublikanische Führung überhaupt fähig sei, die Geschehnisse adäquat einzuschätzen.*“<sup>9</sup>

Diese Episode hat der Männerfreundschaft Kohl – Gorbatschow nicht geschadet und ihr gemeinsames Wirken bei der Zerstörung des Sozialismus nicht verhindert.

---

<sup>8</sup> Ebenda, S. 177/178

<sup>9</sup> Michael Gorbatschow: Erinnerungen, Berlin 1995, S. 702

Wenden wir uns nun den Reden zu, die Joachim Gauck auf den Bautzen-Foren gehalten hat. Im Hinblick auf die Redner in Bautzen ist er Rekordhalter. Es ist also zu fragen, was ihn nach Bautzen trieb. Er erklärt es selbst auf der „Bautzner“ Rede auf dem 5. Forum im Mai 1994 zum Thema: „Ermutigende Erkenntnisse aus den Akten – Beispiele für Zivilcourage“. Er fühle sich wegen der „Gäste aus Russland“ wohl: *„Ich stamme aus einer Familie, deren Ernährer im Jahr 1951 von Stalins Schergen in einen Keller nach Schwerin gebracht und, wie damals üblich, zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde. Er hatte das Glück, dass Diktatoren sterblich sind und Stalin das Zeitliche segnete. Er kam zurück und lebt heute noch in Rostock, meiner Heimatstadt.“*<sup>10</sup>

Joachim Gauck, damals Direktor der nach ihm benannten Behörde, erzählte über einige „ermutigende Beispiele des Widerstands“, darunter auch einen Fall aus den alten Bundesländern. Seine Lehre: *„Wir werden nicht durch Verwöhnung und Beliebigkeit die Demokratie zu einem lebenswerten Gemeinwesen gestalten, sondern nur mit der Fähigkeit zur Zivilcourage. Und diese Fähigkeit trainieren wir, wenn wir uns umschauen und uns Zeit nehmen, das zu wissen, was man wissen kann, das zu betrauern, was zu betrauern ist, uns darüber zu freuen, was erfreulich war und ist.“*

Im Mai tauchte Joachim Gauck auf dem 7. Bautzen-Forum mit dem Thema auf: *„Lernort Bautzen – Erinnerung und Aufarbeitung als Element geistiger Befreiung.“*<sup>11</sup>

Joachim Gauck bezeichnete die „Aufarbeitung“ als „Element geistiger Befreiung“ und widmete sich der „Rezeption der Leidenserfahrung“. Zunächst widmete er sich dem „Leid der Vertriebenen“, über die „Unrecht“ hereingebrochen sei. Dann begründete er, warum Adenauer die „Globkes“ brauchte. Danach kam er auf die Situation heute zu sprechen. Es wimmelte von Falschaussagen:

\*- „Wir“ nehmen die Leiden der „Vertriebenen“ nicht mehr wahr.

\*- Wer an die Vorfälle beim Einmarsch der Roten Armee in Ostpreußen erinnere, würde als Rechter oder Revanchist abgestempelt.

\*- „Wir“ müssten es ertragen, dass auch „unschuldiges Leiden“ politisch instrumentalisiert wird. (Ob Gauck hier auch seinen „unschuldigen“ Vater einschloss, lässt sich nicht feststellen.)

Joachim Gauck hielt es für nötig, den Zuhörern zu versichern, dass es *„für einen Demokraten angesichts der konkreten kommunistischen Gewaltherrschaft*

---

<sup>10</sup> Bautzen Forum Nr. 5, Leipzig 1994, S. 52

<sup>11</sup> 7. Bautzen-Forum Mai 1996, Leipzig 1996, S. 140f.

*selbstverständlich (ist), Antikommunist zu sein.*<sup>12</sup> Ob gefragt werden darf, wann, wo und wie Gauck die „konkrete kommunistische Gewaltherrschaft“ erlebt hat?

Der Auftritt Joachim Gaucks auf dem 16. Bautzen-Forum im Mai 2005 unterschied sich von den vorangegangenen Reden vor allem quantitativ. Es wurden 29 Druckseiten. Und auch das Thema hatte es in sich: *„Lebenswege in der SED-Diktatur.“*<sup>13</sup>

Da es ja in der DDR recht unterschiedliche „Lebenswege“ gegeben hat, heißt die erste Frage: Welche „Lebenswege“ wählte Gauck aus? Am Anfang bekannt er, dass er „Gott sei Dank“ nicht im Bautzener Knast gesessen hat, um dann zu verkünden: *„Der Kampf um die Würdigung der Opfer der kommunistischen Diktatur ist noch nicht zu Ende“*. Da ich Dresdner bin, weiß ich, wer als amtliches „Opfer des Stalinismus“ auf dem Tolkewitzer Friedhof „gewürdigt“ wird<sup>14</sup>: Es handelt sich um Nazikriegsverbrecher, Terroristen und Spione. Hat Stalin sie dazu gebracht, Verbrechen zu begehen oder sind sie Opfer ihrer (antikommunistischen) eigenen Handlungen?

Aber Joachim Gauck, der sich in der Bautzener Forum-Runde wohl fühlte, *„als ob ich dazugehören würde“*, hatte sich bemerkenswerte „Lebenswege“ ausgedacht (nicht ausgesucht). Er fragte dieses Mal, *„was eigentlich mit einem Land geschehen ist, das unter einer Diktatur ganz normal gelebt hat“*. Er meinte vermutlich Menschen in diesem Lande, denn er fabulierte über *„die kleine Marie“*, die schon in der vierten Klasse *„eine kleine Diplomatin“* war und den Arztsohn Paul, der *„nichts ganz blöd war“*, sondern *„nur ein ganz normaler DDR-Bürger“*, der Arzt wurde wie sein Vater. Der Redner fühlte sich bemüßigt, in seinen Fantasie-Bericht einzufügen: *„Nun denken Sie, ich betreibe hier Kabarett, aber das denkt man (!) ja manchmal, wenn man (!) von damals erzählt“*<sup>15</sup> Ich gönne den Teilnehmern des Bautzen-Forums den Kabarett-Auftritt des „Mutmachers der Nation“.<sup>16</sup>

---

<sup>12</sup> Ebenda, S. 143

<sup>13</sup> 16. Bautzen-Forum Mai 2005, Leipzig 2005, S. 14f.

<sup>14</sup> Horst Schneider: Todesurteile am Münchner Patz, Fakten, Folgen und Fragen zum Dresdner Landgericht, Berlin 1997, S. 27f.

<sup>15</sup> 16. Bautzen-Forum, a.a.O., S. 26. „Der Spiegel“ (25/2006, S. 38f.) hielt Gaucks Geschichte von der „kleinen Marie“ für so reiz voll und lehrreich, dass er den Titel „Der sozialistische Gang“ daraus ableitete.

<sup>16</sup> Das Parlament, 26. März 2012

Wie wir am Beispiel der „Bautzener“ Rede Joachim Gaucks gelernt haben, weist der Mann, der zunächst als „Großinquisitor“ in die Geschichte einging, seinem Geschichtsbild eine erzieherische Funktion zu.<sup>17</sup>

In seiner ersten Rede als Bundespräsident am 23. März 2012 erklärte er vor dem Bundestag: *„Ich will meine Erinnerung als Kraft und Kraftquelle nutzen, mich und uns zu lehren und zu motivieren. Ich wünsche mir also eine lebendige Erinnerung auch an das, was in unserem Land nach all den Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur und nach den Gräueln des Krieges ist. In Deutschlands Westen trug es, dieses Gelungene, als Erstes den Namen ‚Wirtschaftswunder‘. Deutschland kam wieder auf die Beine. Die Vertriebenen, gar die Ausgebombten erhielten Wohnraum. Nach Jahren der Entbehrung nahm der Durchschnittsbürger teil am wachsenden Wohlstand, freilich nicht jeder im selben Maße.“*<sup>18</sup>

Dass es zwei deutsche Staaten gab, musste der Ex-DDR-Bürger Gauck nicht wissen, auch nicht, dass und wie Umsiedlern und Bombenopfern in der DDR Hilfe widerfuhr. Der erste ostdeutsche Bundespräsident betrachtete die DDR in seiner ersten offiziellen Rede als terra incognita. Seine Vorgänger wussten noch um die Existenz und die Leistungen der DDR. Richard von Weizsäcker, Willy Brandt, Günter Gaus, Roman Herzog<sup>19</sup> zollten – vor 1989 – der DR für ihre Aufbauleistung Respekt. Gauck hätte sie zitieren können. Warum tat er das nicht? Er betrachtet sich als „Opfer des Stalinismus“, weil 1951 sein Vater von sowjetischen Organen inhaftiert worden war und bis zur Freilassung der noch inhaftierten Kriegsverbrecher 1955 in Sibirien Zwangsarbeit leistete.<sup>20</sup>

---

<sup>17</sup> Klaus Huhn: Der Inquisitor kandidiert, Berlin 2010

<sup>18</sup> Text der Rede, in: Das Parlament, 26. März 2012

<sup>19</sup> Zitate in Horst Schneider: Schwarz-rot-goldene Worte, Berlin 2009

<sup>20</sup> Joachim Gauck erklärte wiederholt, sein Vater sei Kapitän gewesen, der im Krieg nicht mehr zur See gefahren sei. Über die Gründe der Verhaftung seines Vaters schrieb er in seinen Memoiren: *„Die ersten 25 Jahre wegen Spionage für einen Brief, den er von Fritz Löbau erhalten hatte, seinem ehemaligen Vorgesetzten auf der Rosslauer Werft, mit dem er 1947 Schnellboote für die Sowjets erprobt hatte. Löbau hatte sich in den Westen abgesetzt und meinen Vater zu einem Besuch nach West-Berlin eingeladen, fünfzig Mark Reisegeld lagen dem Brief bei. Obwohl mein Vater nicht reagiert hatte, wurde ihm die Einladung bzw. diese Bekanntschaft zum*



Mit diesem Vorfall in seiner Kindheit begründet ständig Joachim Gauck seinen militanten Antikommunismus, den er nach 1990 seiner gesamten Arbeit zugrunde legte, auch in seinen Reden und Schriften.

Angesichts der Vielzahl der Reden und Publikationen Joachim Gaucks<sup>21</sup> will ich – wegen der internationalen Wirkung – nur zwei Beispiele für den penetranten Hass gegen das, was er unter Kommunismus versteht, beleuchten.

Als Mitte der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts der Ex-Maoist Stephane Courteois das „Schwarzbuch des Kommunismus“<sup>22</sup> herausgab, einer der übelsten Machwerke in der antikommunistischen Literatur, fehlten dem Verlag deutsche Autoren, die über die DDR zu schreiben bereit sein würden. Offensichtlich wollte kein seriöser Historiker seinen Ruf ruinieren. Wer sprang ein? Zwei DDR-Pastoren aus dem Stall Gauck, Ehrhart Neubert und der Chef, Joachim Gauck höchstpersönlich. Und was lieferte Gauck ab? Ein Sündenregister der DDR-Politik? Recherchen über „Unterdrückung, Verbrechen und Terror in der DDR“? Lassen wir ihn selbst zu Wort kommen: *Dem Wunsch des Piper-Verlages, diesem Schwarzbuch einen Essay aus ostdeutscher Sicht beizufügen, entspreche ich nur zögernd. Ich bin weder Historiker noch Politikwissenschaftler. Zwar veranlasst mich mein jetziges Amt, am öffentlichen Diskurs über die untergegangene DDR-Gesellschaft teilzunehmen. Aber eine erneute Analyse des Stasi-Systems könnte kaum über das hinausreichen, was schon in den letzten Jahren zutage gefördert wurde. Zudem legen die erregten Diskussionen über das Schwarzbuch nahe, einem ganz anderen Phänomen nachzugehen – dem Phänomen der selektiven Wahrnehmung. Warum haben wir nicht gewusst, was wir wussten? Warum haben wir nicht gewusst, was wir nicht wussten? Warum ist selbst unser Erinnern selektiv? Um es gleich zu sagen: Die Beschäftigung mit diesem Themafiel mir nicht leicht. Denn ich spürte und spüre eine deutlich Unlust, meinen eigenen Wahrnehmungsdefiziten zu begegnen, die nun – fast zehn Jahre nach dem Umbruch – überdeutlich geworden sind.*<sup>23</sup>

---

*Verhängnis: Löbau soll mit dem französischen Geheimdienst zusammengearbeitet haben.*“ (Joachim Gauck: Winter im Sommer – Frühling im Herbst, München 2008)

<sup>21</sup> Einen Blick auf die Reden Gaucks in: Horst Schneider: Denn sie säen Wind und werden Unwetter ernten, Icarus 2/012, S. 23f.

<sup>22</sup> Stephane Courteois: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München 2008

<sup>23</sup> Joachim Gauck: Vom schwierigen Umgang mit der Wahrnehmung, in: Courteois, a.a.O., s. 885. Wolfgang Wippermann: Gauck und das „Schwarzbuch“, in: Jochen Zimmer (Hg): Das Gauck-Lesebuch, Frankfurt/M 1998, S. 112f.

Siehe da: Gauck entdeckte bei sich „Wahrnehmungsdefizite“. Er unternahm dennoch einen Streifzug durch die DDR-Geschichte, wie sie in *seiner Wahrnehmung!*“ existiert. Für den „stalinistischen Terror“ nannte er einen Fakt: „*Ich wuchs in einer der vielen Familien auf, die nach dem Krieg die neue Ordnung als despotisch, ungerecht, staatsterroristisch erfuhren. Als ältestes von vier Kindern erlebte ich, wie es ist, wenn der Ernährer `abgeholt` wird. Mein Vater war einer der Deutschen, die ohne Grund in einem Verfahren eines sowjetischen Militärtribunals zu 25 Jahren Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt wurden*“<sup>24</sup>. Gaucks Urteil über die DDR im „Schwarzbuch“ lautet: „*Eine nüchterne Betrachtung der politischen Verhältnisse wird dennoch zu einem Urteil gelangen, das den Kommunismus ebenso als totalitär einstuft wie den Nationalsozialismus.*“<sup>25</sup>

Diesen Satz müssen wir uns merken. Joachim Gauck verglich den Kommunismus und den „Nationalsozialismus“ nicht, er setzte beide gleich.

Würde Gauck, etwas geschichtliche Bildung vorausgesetzt, vergleichen, müsste er stutzig werden. Waren es nicht die Kommunisten, die schon vor 1933 vor einer Herrschaft der Faschisten warnten? War es nicht Ernst Thälmann, der 1932 al Präsidentschaftskandidat prophezeite: Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!

War es nicht Otto Dibelius, der den symbolischen Akt mit Hindenburg und Hitler am „Tag von Potsdam“ segnete?<sup>26</sup>

Welcher katholische oder protestantische Bischof hat zum Widerstand gegen Hitler und den Krieg aufgerufen, wie das die Kommunisten – und 1944 einige Offiziere, die den Kriegsausgang voraussahen – aufopferungsvoll taten?

Es ist infam, diejenigen mit den Faschisten gleichzusetzen, die Deutschlands friedliche Zukunft erkämpfen wollten.

Heißt es in Gaucks Bibel nicht mehr „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider Deinen Nächsten?“? Gaucks Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus lässt

---

<sup>24</sup> Joachim Gauck, ebenda, S. 886

<sup>25</sup> Ebenda, S. 891

<sup>26</sup> Kurt Meier: Kreuz und Hakenkreuz. Die evangelische Kirche im Dritten Reich, München 1972. Karlheinz Deschner: Mit Gott und den Faschisten. Vatikan und Faschismus, Stuttgart 1965

aufmerken. Das tun sonst nur extrem reaktionäre so genannte „Totalitarismusforscher“.<sup>27</sup>

*„Die Wahrnehmung der ‚schwarzen Tatsachen‘ roter Herrschaft lässt nur eine Einstellung zu: Den antitotalitären Konsens aller Demokraten, der die intellektuelle und politische Äquidistanz gegenüber Demokratie und Sozialismus verbietet“<sup>28</sup>*

Gauck sprach hier wie jemand, der über das Denken zu gebieten hat. Nur *eine* Einstellung hat es zu geben.

Wie aber erklärt sich, dass Otto Dibelius – wie alle protestantischen Bischöfe – Hitler und den faschistischen Eroberungskrieg segneten, Gauck und seinesgleichen aber die DDR bekämpften?<sup>29</sup> Die Volkskirchen sahen im Faschismus keinen Gegner, den man bekämpfen müsste, für die DDR behaupten sie aber, dass die DDR von Leuten beseitigt worden sei, denen das „Dach der Kirche“ Schutz geboten hätte. Ist das die Gaucksche Gleichsetzung von Drittem Reich und DDR?

Wir kommen auf den „Antitotalitarismus“ Gaucks zurück. Zunächst: Das Mitwirken Gaucks am „Schwarzbuch des Kommunismus“ hat Symbolkraft. Er *wollte* zu den Einpeitschern des Antikommunismus gehören. Und dieser Beitrag war ja kein „Ausrutscher“. Der Großinquisitor nutzte jede Gelegenheit (mein Vater hätte „jede Hundehochzeit“ gesagt), um als „Prediger der Wahrheit“ aufzutreten.

Das zweite Beispiel des verbohrten Antikommunismus ist durch Klaus Huhn bekannt geworden. Joachim Gauck hat nicht „Deutschland“ im „Schwarzbuch“ vertreten, er hat auch jenes „Manifest“ als Erstunterzeichner (neben Staatsanwalt Christoph Schaeffgen) gebären helfen, im dem (u.a. von Vaclav Havel) die antikommunistische Marschrichtung für „Europa“ verordnet wurde:

*Wir Teilnehmer der internationalen Konferenz ‚Verbrechen der kommunistischen Regime‘, die vom 24. Bis 26. Februar 2010 in Prag stattfand, erklären:*

*Erstens: Kommunistische Regime begingen – und begehen in einigen Fällen immer noch – Verbrechen gegen die Menschheit in allen zentral- und osteuropäischen Ländern und in anderen Staaten, in denen der Kommunismus immer noch lebendig ist.*

---

<sup>27</sup> Host Schneider: *Hysterische Historiker. Von Sinn und Unsinn eines verordneten Geschichtsbildes*, Berlin 2008, S. 32f.

<sup>28</sup> Schwarzbuch, a.a.O., S. 894

<sup>29</sup> Horst Schneider: *Unter dem Dach der Kirche*, Berlin 2010

*Zweitens: Verbrechen gegen die Menschheit unterliegen, nach internationalem Recht, keiner gesetzlichen Verjährungsfrist. Die Gerechtigkeit, die den kommunistischen Verbrechen in den letzten 20 Jahren widerfahren ist, ist jedoch höchst unbefriedigend.*

*Drittens: Das Recht auf Gerechtigkeit darf Abermillionen Opfern des Kommunismus nicht verweigert werden.*

*Viertens: Da Verbrechen gegen die Menschheit, die kommunistische Regime begehen, nicht unter die Gerichtsbarkeit bestehender internationaler Gerichte fallen, fordern wir die Einsetzung eines neuen internationalen Gerichts für kommunistische Verbrechen mit Sitz in der EU. Kommunistische Verbrechen gegen die Menschheit müssen von diesem Gericht in ähnlicher Weise verurteilt und bestraft werden wie etwa die Naziverbrechen vom Nürnberger Gericht oder die Verbrechen im ehemaligen Jugoslawien.*

*Fünftens: Kommunistische Verbrecher nicht zu bestrafen bedeutet, das Völkerecht zu missachten und dadurch zu schwächen.*

*Sechstens: Als Akt der Wiedergutmachung und Entschädigung müssen europäische Länder Rechtsvorschriften zur Angleichung der Renten und Sozialleistungen der kommunistischen Verbrecher einführen. In der Höhe müssen sie jenen ihrer Opfer gleichwertig oder geringer sein.*

*Siebtens: Da die Demokratie lernen muss, sich zu verteidigen, muss der Kommunismus in ähnlicher Weise verurteilt werden wie der Nazismus. Wir setzen sie jeweiligen Verbrechen der Nazizeit und des Kommunismus nicht gleich. Sie müssen aber studiert und nach ihren eigenen schrecklichen Verdiensten beurteilt werden. Kommunistische Ideologie und kommunistische Herrschaft stehen im Widerspruch zur Europäischen Menschenrechtskonvention und zur Charta der Grundrechte der EU. Ebenso wie wir gegen eine Relativierung der Nazi-Verbrechen sind, akzeptieren wir auch keine Relativierung der kommunistischen Verbrechen.*

*Achtens: Wir rufen die EU-Mitgliedstaaten dazu auf, Kenntnis und Erziehung über die Verbrechen des Kommunismus zu vertiefen; wir erinnern sie an die Notwendigkeit, die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009 ohne Verzögerungen umzusetzen, um den 23. August als europaweiten Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regimes zu begehen.*

*Neuntens: Wir appellieren an die Europäische Kommission und an den Europäischen Rat für Justiz und Inneres, einen Rahmenbeschluss über ein europaweites Verbot der Rechtfertigung, Leugnung und Verniedlichung der kommunistischen Verbrechen anzunehmen.*

*Zehntens: Die Einrichtung einer Plattform für das Gedächtnis und das Gewissen Europas, wie sie vom Europäischen Parlament und dem EU-Rat 2009 unterstützt wurde, muss auf EU-Ebene vollendet werden. Einzene Regierungen müssen ihrer Verpflichtung, an der Arbeit dieser Plattform teilzunehmen, nachkommen.*

*Elfens: Als Akt der Anerkennung der Opfer und des Respekts vor ihrem unermesslichen Leid, das ihnen auf dem halben Kontinent zugefügt wurde, muss Europa, dem Beispiel des Denkmals in Washington D.C., USA, folgend, ein Denkmal für die Opfer des Weltkommunismus erreichen.“<sup>30</sup>*

Joachim Gauck gehört also zu jenen, die behaupten:

- \*- Die DDR habe „Verbrechen gegen die Menschheit“ begangen.
- \*- Diese „Verbrechen“ würden nicht „verjähren“.
- \*- Ein internationaler Gerichtshof solle gebildet werden und (wie das Tribunal in Nürnberg) die „Verbrecher“ bestrafen.
- \*- Der Kommunismus müsse verurteilt werden wie der Nazismus.
- \*- Der 23. August solle europaweit als Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regimes begangen werden.
- \*- Ein Denkmal für die Opfer des Weltkommunismus soll errichtet werden.

Nun ist Joachim Gauck seit einiger Zeit nicht mehr „Präsident der Herzen“, der auf das Wohl *aller* Deutschen vereidigt wurde. Er erbat „Gottes Hilfe“ bei seinem Werk. Ob das, was Guck tat, tatsächlich mit „Hilfe Gottes“ geschah?

Zu den Folgen seines Tuns als Chef der Behörde, die die „Stasi“-Akten verwaltete, gehören zerstörte Lebensläufe und nicht wenige Selbstmorde. Es war der Rechtsanwalt und Innenminister der Regierung da Maiziere, der feststellte, die Gauck-Behörde dürfte mehr Tote zu verantworten haben, als es „Mauertote“ gibt.<sup>31</sup>

Eines der Opfer war der Bundestagsabgeordnete und „Wende“-Rektor der Universität Jena, Professor Dr. Gerhard Riege. Seine Haltung und sein anklagender Abschiedsbrief sind bekannt.<sup>32</sup>

---

<sup>30</sup> Text aus: Klaus Huhn: Die Gauck-Behörde, a.a.O., S. 24f.

<sup>31</sup> Michael Diestel: Birthlers Totenjagd. Icarus 3-4/2006, S. 41

<sup>32</sup> Uwe-Jens Heuer/Gerhard Riege: Der Rechtsstaat – eine Legende? Baden-Baden 1992, S. 5f.

Der Icarus hat elf „Wendeopfer“ gewürdigt, unter ihnen Wolf Kaiser, Gerhard Riege und die hochbetagten Otto und Martha Fuchs.<sup>33</sup>

Während „Stalinismus-Opfer“ in den meisten Fällen Opfer ihrer eigenen Rechtsverletzungen sind, handelt es sich bei den Gejagten und Verleumdeten der „Wende“ um DDR-Bürger, die loyal ihrem Staat gedient haben.

Joachim Gauck hat den Lesern von „Die Zeit“ (31. Mai 2012) bekannt: *„Meine Seele hat Narben“*. Dieses Bekenntnis ermöglicht die Frage: Wie schmerzhaft müssen die Narben jener gewesen sein, die nur noch den „Freitod“ als Ausweg aus ihren Seelenschmerzen sahen?

Und es bleibt bei dem Satz aus dem Talmud: *„Wer einen Menschen zerstört, zerstört eine Welt.“*

## **Gerhard Schiller: Gedanken über und um Kohl**

Karlheinz aus dem Westen hat mir nach der Wende, die eine Konterrevolution war, viel über die dortige Freiheit erzählt. Ich müsste, mahnte er mich, noch viel lernen, um in der BRD anzukommen und mitreden zu können.

Ich gebe zu, dass ich damals eher zurückhalten war und ihm heute viel mehr Kontra geben würde. Man wusste ja, was Kapitalismus ist, aber erlebt hatten wir ihn glücklicherweise nicht, so dass wir oder ich trotz guter politischer Bildung in der DDR doch etwas verunsichert waren, wie es nun weitergehen sollte! Das Beste vom BRD Kapitalismus mit dem vom DDR Sozialismus zu vereinen und dadurch die ideale Gesellschaft zu bekommen, geht das? Nein, es geht eben nicht. Einen Teil des Kapitalismus mit einem Teil Sozialismus zu vereinen geht nicht, weil sich beide wie Feuer und Wasser gegenüber stehen.

Aber dass es der reine Kapitalismus für ganz Deutschland wird, das haben wir, oder ich, uns nicht vorstellen können oder wollen. Immerhin gab es in der DDR die NVA und viele kampfbereite Divisionen der Sowjetarmee, was man als Sicherheitsfaktor wertete. Aber die Politik schien ohne die militärische Frage oder trotz ihrer anders zu verlaufen. Und da war der Rattenfänger Kohl durch die Lande mit wunderschönen Versprechungen gezogen, die viele Menschen genüsslich einzogen!

---

<sup>33</sup> Icarus 3-4/2006, S. 10f.

Ich habe diese seiner Sprüche bei meiner Veranlagung zu dokumentarisieren niedergeschrieben, um sie eines Tages wie jetzt zu veröffentlichen, womit sich eine Art Rachegefühl in mir befriedigt und ich einen Beitrag zu dem Thema zu leisten gedenke, das mit dem Satz – wie versprochen, so gebrochen – überschrieben und typisch kapitalistisch ist.

Nun, nach dem Tod von Kohl, lese ich in der Jungen Welt seine Versprechung, dass es nach der Wende niemandem schlechter gehen wird, aber vielen besser. Das ist mir Anlass, nachzudenken und alle seine von mir gesammelten Versprechungen dieser Art zu offerieren, damit an Hand von ihnen noch einmal nachvollzogen werden kann, wie in der bürgerlichen Politik gelogen und betrogen wird, ohne rot zu werden, weil das der Alltag im Kapitalismus ist und von zu vielen Menschen als unabänderlich in Kauf genommen wird.

Den erleben wir gerade jetzt! Wir hatten schon vorher Kenntnis von und über ihn, waren aber hinter dem Zaun relativ sicher und dadurch auch zu naiv, ihm 1990 ff gewappnet zu begegnen.

Mit Karlheinz telefoniere ich gelegentlich. Wir sind ganz alt geworden. Die Zeit der Politisierung ist vorbei. 20 Jahre lang haben wir uns gegenseitig geschrieben und mit der deutschen Nachkriegsgeschichte argumentiert, mit besonderer Betonung der Zeit seit dieser „Wende“. Wir sind auf keinen gemeinsamen Nenner gekommen. Was ich Karlheinz auf Grund von Erfahrungen und dokumentarischen Wissen widerlegt habe, hat er, wenn ihm die Argumente fehlten, einfach für falsch erklärt.

Wir haben uns auf der Klaviatur des gesellschaftspolitischen Geschehens rauf und runter bewegt, er gab aber seinen Weststandpunkt nicht auf. Er beschuldigte mich natürlich auch der Unkenntnis, weil der Westen die Dinge mehr ausgewälzt und für die Gedankenwelt seiner Menschen hergerichtet hat, vor allem emotional.

So kam die Zeit, wo wir das unproduktive Hin und Her satt hatten und uns einigten, nicht mehr zu schreiben, sondern nur noch zu telefonieren. Und da habe ich von ihm lediglich zu hören bekommen, dass er nicht mehr wählen geht, weil man diese „Idioten“ nicht mehr wählen kann. Dabei waren Karlheinzens Ansichten durchaus fundamentiert, aber eben auf dem kapitalistischen Fundament. Dass es noch andere Sichten als die seine – nämlich meine – gibt, war für ihn immer ausgeschlossen.

Wie weit die Menschen manipuliert sind, musste ich bei meinem Besuch 1999 zum Frühstück am Abreisetag erfahren, wo wir auf das Thema Informationen kamen und seine Frau Gerda zu meiner Meinung darüber empört sagte, aber Gerhard, wir werden doch über alles bestens informiert! Mir wurde bewusst, dass die Menschen mit Nur-BRD Vergangenheit nicht bereit waren, einen Millimeter von ihrem Standpunkt abzuweichen. Sie haben die veröffentlichte Meinung zu der ihren

gemacht. Sie haben es nicht für möglich gehalten, dass die öffentliche Meinung in der DDR davon abwich und es damit eine Alternative auch zu der bürgerlichen Geschichtsauslegung gibt.

Auch die neuen Generationen haben keine Chance, eine eigenständige Meinung zu entwickeln und nehmen die Verteufelung der DDR an und auf. So spitzen sich die Widersprüche des BRD-Kapitalismus, die Jahr für Jahr die gleichen sind, weil sie nicht gelöst werden können, immer mehr zu. Dabei steht fest, dass es sogar eine große Lösung gibt: Die Vergesellschaftung der Gesellschaft. Das wurde 40 (DDR) oder 70 (UdSSR) Jahre durch die Praxis bewiesen. Dieser Rückblick stärkt die Zukunftsaussicht.

Das muß die Kommunisten beflügeln, die Hände nicht in den Schoß zu legen und sich dem „Schicksal“ zu ergeben, sondern, wenn auch mit weniger Potential, für diese eine und realer Zukunft zu arbeiten und zu kämpfen. Wir haben also eine revolutionäre Vergangenheit hinter uns und ein Ziel vor den Augen.

Das beflügelt im Chaos der „satten“ BRD und bestätigt Lenins Einschätzung über den Imperialismus als faulenden und sterbenden Kapitalismus. Die Zerfallsprozesse haben eingesetzt und sind nicht mehr aufzuhalten. Ist das neu?

In der Zuspitzung ja, aber der Journalist Gerhard Schoenberger hat schon 1964 (!) in der Hamburger Welt folgendes von sich gegeben: *„Werden wir richtig informiert? Das kann wohl niemand ernsthaft behaupten. Aber es wird täglich behauptet und von Millionen Menschen, die es nicht besser wissen können, vertrauensvoll geglaubt. Würden wir richtig informiert, unser Land sähe anders aus. Würde über die Tatsachen unvoreingenommen und vollständig berichtet, nicht isoliert auf einen unhaltbar gewordenen nationalen und kleineuropäischen Standpunkt oder eingeeengt durch ein überholtes politisches Dogma – die Folgen wären nicht auszudenken. Der Bürger würde Fragen stellen, die man nicht beantworten will, würde kritisieren, was nicht kritisiert werden darf, und verstehen, was nicht verstanden werden soll. Er würde in Zusammenhängen denken lernen, sich orientieren, Einsichten gewinnen, einen Standpunkt beziehen; er würde geistig selbständig werden und womöglich verantwortlich handeln; er würde mit der Demokratie ernst machen und sie beim Worte nehmen.“*

Ist der vor 54 Jahren kritisierte Zustand überwunden? Nein! Im Gegenteil. Obwohl bei jeder Gelegenheit das heilige Gut der Demokratie zelebriert wird. Es war schon damals nichts weiter als gewöhnlicher Kapitalismus, kein demokratischer Aufbruch. Nur demokratische Verbrämung.

Allein die Existenz der DDR hat ihn gehindert, sich im Wolfspelz zu zeigen. Kaum, dass es gelang, die DDR auszuschalten, ging von Deutschland wieder Krieg aus, was



der NATO-Krieg gegen Jugoslawien, den Deutschland durch die voreilige Anerkennung der Unabhängigkeitsbestrebungen in Slowenien und Kroatien auslöste, belegt. Das wäre wohl unter Kohl wohl nicht passiert, weil er an das Gelübde aus DDR Zeiten gebunden war. Historisch ist sein Besuch am 19.12.1989 in Dresden, wo er es letztmalig ablegte. („Von Deutschland darf nie wieder Krieg ausgehen.“) Und wohin er in der Vorstellung gekommen war, nicht derjenige zu sein, der bezüglich einer „Wende“ drängt. Die Menschen in der DDR müssten die Drängenden sein; mit Rücksicht auf das Ausland. Das Drängen geschah, da die Fünfte Kolonne bereits gearbeitet hatte, durch organisierte Popularisierung. Er war nicht von den Bürgern Dresdens schlechthin begeistert begrüßt worden, sondern von einem mit BRD-Fahnen ausgestatteten Kreis vor der Tribüne, durch Animatoure aufgeheizt. Es musste der Wunsch der Ostdeutschen, zur Einheit zu kommen, gezeigt werden, dem Kohl einfach nachgeben musste.

Wenn man darüber nachdenken will, wie Kohl Kanzler wurde, muß man in das bürgerliche Parteiensystem einsteigen und mit dem Jahr 1972 beginnen. Schon damals wollte die CDU wieder an die Spitze und stellte ein Misstrauensvotum gegen Willy Brandt. Grund dafür war das Anvisieren der Ostverträge durch die SPD. Die Staatssicherheit der DDR hat die Stimme des CDU Abgeordneten Steiner gekauft und damit bewirkt, dass Brandt weiterhin im Amt bleiben konnte. Vor den Bundestagswahlen 1982 hat Genscher versichert, dass die FDP auch nach der Wahl an der Koalition mit der SPD festhält. Er hat jedoch sein Wort, angeblich wegen der Wirtschaftskrise, gebrochen, wodurch Kohl Kanzler wurde.

1972 hat die DDR Stasi den SPD Kanzler Brandt gerettet, und 1982 die FDP die CDU, d.h. die FDP hat Kohl zum Kanzler gemacht. Und der Wähler hat dem zugesehen. Kohl propagierte eine „geistig- moralische Wende“ zur Befreiung der Unternehmer vom Sozialstaat, was die vormalige SPD auch unter Schmidt nicht richtig wollte. Und was die CDU-Kohl-Regierung auch nicht fertig brachte.

Als Schlächter musste die SPD wieder unter Kanzler Schröder ins Boot geholt werden, um mit der Agenda 2010 dieses ungerechte und in den 80er Jahren bereits begonnene Werk der Armutsordnung zu vollenden. Das hat die SPD nicht für die Wähler oder das Volk getan, die sie angeblich vertreten, sondern für das Kapital. Wann legt sie endlich den Namen Arbeiterpartei ab? Vorher musste Kohl 1998 als Kanzler abtreten, als angeblich der Aufbau Ost beendet war.

An sich war das ein unrühmliches Ende, denn Kohl hatte nicht genügend im neoliberalen Sinne aufgeräumt, obwohl das Unwort des Jahres 1993 bereits Sozialabbau lautete. Abbau, das heißt doch, dass es vorher Soziales gab! Das entspricht doch aber nicht dem räuberischen Wesen des Kapitalismus! Der Kapitalismus gab sich unter dem von der Oktoberrevolution und dem Sieg der

Sowjetarmee im 2. Weltkrieg ausgelösten Druck eine soziale Komponente. Nur, weil es den Sozialismus gab, wurde der Kapitalismus zu sozialem Verhalten gezwungen. Sonst hätte er nie menschenwürdige Züge angenommen. Er tat es nur aus Angst vor dem Kommunismus! Es wäre bei den heutigen kapitalistischen Verhältnissen damals durchaus möglich gewesen, dass in westlichen Staaten sozialistische Mehrheiten zustande gekommen wären.

Ist Kohl nun der Kanzler der Einheit gewesen? Nein. Die Wiedervereinigung ist ihm nur zugefallen.

Damals war er lediglich im Amt und musste handeln. Die Einheit hat ihn sogar gerettet, denn politisch war er Ende der 80er Jahre am Ende. Er war gewissermaßen der Vollstrecker dafür, was er Monate vorher selbst noch nicht geglaubt hatte. Die Organisatoren waren nach seinen Worten vom 3.8.1998, geäußert im Bundestag, Bush, Reagan, Gorbatschow und vor allem der Papst. Die Macht des Papstes, der keine Minute zögerte, alles zu mobilisieren, wurde vielfach unterschätzt. „Ohne diese Voraussetzungen, das sage ich hier in aller Schärfe, hätten alle Demonstrationen Leipzig, Chemnitz oder sonst wo nicht zum Erfolg geführt“.

Die deutsche Einheit wurde also traditionsgemäß auf höchster Ebene festgeschrieben. Vor den Kulissen musste das als Volkes Wille erscheinen, wofür es bis heute keine schlüssigen Beweise gibt, aber die absolute „Gewissheit“ der Geschichtsschreibung, dass es so gewesen sein soll und muß.

Ist nun nach der Überzeugung von Karlheinz die Freiheit erst da über uns gekommen? Es ist halt die des Westens, die nichts wert ist. Dort geht es nur um die Freiheit der Abzocker. Das kann natürlich nicht so feilgeboten werden, weshalb Umschreibungen notwendig sind. Bei dieser Freiheit fallen dann auch ein paar Krümel für das Fußvolk ab, z.B. Meinungs- und Reisefreiheit. Wir können nun zwar sagen, dass wir frei sind, sind es aber nur, weil wir nichts zu sagen haben. Die Westfreiheit ist wie alles dort nur eine Waren, ein Produkt, eine des Geldes, was heißt, viel, wenig oder kein Geld bedeutet viel, wenig oder keine Freiheit. Diese Freiheit ist eine, wo die Menschen zunehmend verrohen und sich missentwickeln. Sie ist auch die Ursache dafür, dass schamlos, weil gewinnträchtig, produziert und ebenso gnadenlos verbraucht wird. Im Kapitalismus heißt Freiheit, andere für sich arbeiten zu lassen, sie auszubeuten und auf ihre Kosten zu leben. Klar und einfach sagt es die französische Menschenrechtserklärung im Ar. 4 von 1789: Alles tun zu könne, (was niemandem schadet)!

Stimmt es aber, dass wir alles sagen können? Einen politischen Diskurs gibt es ja nicht mehr.

Staatsferne Meinungen sind nicht mehr zugelassen. Die Medien verbreiten eine Einheitsmeinung. Wer davon abweichen will, muß sein Gegenüber testen oder sich nur noch unter echten Freunden äußern. Die Gefahr, in eine Schublade gesteckt oder observiert zu werden, ist allgegenwärtig.

War Kohl nun ein Rattenfänger? Natürlich nur im übertragenem Sinne. Aber, um es klar auszudrücken, der eingangs genannte Ausspruch „Den Deutschen in der DDR kann ich nur sagen, es wird niemand schlechter gehen, als zuvor, dafür vielen besser, niemand werden unbillige Härten zugemutet“ war die perfekte Lüge! Das ging weiter mit: „Den Bürgern der DDDR möchte ich sagen, unser soziales Netz bleibt dicht geknüpft. Kein Rentner, kein Kranker, kein Arbeitsloser, kein Sozialhilfeempfänger braucht Leistungskürzungen zu befürchten“.

Oder hier in Dresden am 19.12.1989: „Wir lassen unsere Brüder und Schwestern im Osten nicht im Stich“ und „Ich gehöre zur Generation, die nach dem Krieg geschworen hat: Nie wieder Krieg, nie wieder Gewalt. Ich möchte diesen Schwur erweitern: Von deutschen Boden muß in Zukunft immer Frieden ausgehen“.

Oder im Februar 1990, wo das Bundeskabinett im engsten Kreis eine Wirtschafts- und Währungsunion der DDR aufzuerlegen beschlossen hat: „Ich gehe davon aus, dass die Einführung der D Mark in der DDR der Startschuss für ein Wirtschaftswunder sein wird“.

Ohne darüber zu polemisieren, ob es in der Alt-BRD das propagierte Wirtschaftswunder je gegeben hat, sei darauf verwiesen, dass die „Welt der Arbeit“, Köln, geschrieben hat: Auf bundesdeutsche Großkotzerei reagieren die Arbeitnehmer der DDR allergisch. Redet man schon vom Wirtschaftswunder; die drüben haben das größere zuwege gebracht! Um Wendezeiten hat es viele Experten in der BRD gegeben, die für die Überführung der DDR-Planwirtschaft in die BRD-Marktwirtschaft für einen längeren Zeitraum staatliche Rahmenbedingungen gefordert haben. Die Fünf Weisen haben am 14.2.1990 vor der Währungsunion gewarnt, weil die DDR Wirtschaft für den „freien Markt“ nicht wettbewerbsfähig sei und so zusammenbrechen würde, und die DDR erst dadurch pleite gehen würde.

Aber die Experten redeten gegen Windmühlenflügel. Diese Warnung war unerwünscht. Der erste Treuhandchef Rohwedder musste daran mit dem Leben glauben, weil er auch einen behutsamen Übergang wollte. Was das mit Kohl zu tun hat? Er hat den schnellen Übergang gewollt und ständig davon geredet, dass es der Markt schon richten wird! Aber gegen die Bosse, die nicht die Übernahme, sondern die Zerschlagung wollten, konnte er sich wohl nicht anders verhalten. Vorher hatte er noch in Dresden gesagt: „Wenn die Rahmenbedingungen gesetzt sind, dann werden Tausende von zu Investitionen bereite Unternehmen aus der BRD hierher kommen

und gemeinsam mit Ihnen werden wir in kurzer Zeit blühende Landschaften schaffen.“ Und „Keinem wird etwas weggenommen, niemand muß auf etwas verzichten.“

„Die DM bleibt stabil, kein Arbeitsplatz wird durch die Einheit gefährdet. Im Gegenteil. Im Ergebnis des Einigungsprozesses wird kein Deutscher ärmer.“

Die Folgen der Treuhandpraxis sprechen dem Hohn! Arbeitslosigkeit in nie gekanntem Maße griff um sich. Und von dem einstigen Spruch in der Alt BRD, die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit sei die Nummer Eins ihrer Politik, und dass deren Beseitigung ein Gebot der Menschlichkeit sei, blieb nur noch übrig: „Wir werden das Problem der Arbeitslosigkeit in der DDR rascher lösen, als viele glauben“. Oder: „Alle, die jetzt von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen sind, haben Anspruch auf Hilfe und Solidarität der Gemeinschaft. Unser bewährtes System der sozialen Sicherungen bietet die Gewähr dafür“.

Die Gewähr für die allseitige Sicherheit der Bevölkerung hatte die DDR geboten. Das war so, auch wenn das nicht jedem zu jeder Zeit klar wurde oder klar werden konnte. Sie, die DDR, musste als Alternative zum Kapitalismus jedoch anders sein als dieser, was die heutige Geschichtsklitterung bewusst ausspart und die DDR schon deshalb schlecht macht, weil sie nicht so wie die BRD war, - wie primitiv!

Man kommt jedoch nicht an ihr vorbei. Die vielen Übel der Neuzeit verglichen mit denen der DDR? Dann ist sie sogar als Verlierer im Kalten Krieg heute noch Sieger. Dabei war sie beileibe kein Paradies. Aber die Widersprüche des Kapitalismus waren ausgeräumt, z.B. Arbeits- und Obdachlosigkeit, Drogenszene, Sektenunwesen, Arbeitshetze, Religionsfanatik, Mord und Totschlag, Sozialabbau, Armut, Ungleichheit, Terror. Die Grundanforderungen für normale Arbeits- und Lebensbedingungen für alle waren damit erfüllt. Vom Sozialismus!

Das soll der Kapitalismus erst einmal nachzumachen versuchen, ehe er von Menschenrechten anderer redet.

Die Frage, ob Privatbesitz an den Produktionsmitteln oder Überwindung dieser Zustände für die Menschen gut oder schlecht ist, beantwortet sich von selbst. Gorbatschow hat so was mit der hinlänglichen Bemerkung abgetan, wie: das wird das Leben schon zeigen.

Das Leben hat gezeigt, dass der Privatbesitz an den Produktionsmitteln für die riesengroße Mehrheit der Menschen schlecht ist. Die Welt muss verändert werden. Es bedarf dazu, das wird heute immer offensichtlicher, einer revolutionären Partei als Führung und Sammelbecken der Massen! Das ist Aufgabe der Kommunisten. Dagegen hat Kohl immer gewirkt,

Noch ein paar Bemerkungen zur Frage der Verfassung. Als Kohl im Februar 1990 aus Moskau zurückkam, verkündete er: „ Wir werden eine neue Verfassung zu schaffen haben. Ich bin dafür, was sich bewährt hat und zwar auf beiden Seiten, dass das von uns übernommen wird. Es gibt auch Entwicklungen in der DDR in den 40 Jahren, die sich lohnen, zu übernehmen.“ Es sollte nach seinen Worten also eine neue Verfassung erarbeitet werden.

Unterschlagen wurde, dass der Runde Tisch längst die Verfassung eines einheitlichen deutschen Staates beschlossen und vorgelegt hatte, was aber im Nichts versandete. Und Kohl war auch mit dieser Ankündigung nicht auf dem Boden der Realität, hat doch Art. 146 des Grundgesetzes bestimmt, dass nach der Einheit dieses Grundgesetz seine Gültigkeit verliert und eine Verfassung in Kraft zu treten hat, die vom Volk in freier Entscheidung beschlossen würde. Da wurde es schwierig, denn es darf vom Volk außer bei Sonntagsreden nichts beschlossen werden. Es wurde eine diesbezügliche Kommission von oben eingesetzt, weil ja der Art. 146 nicht mehr existent sein durfte und das alte Grundgesetz selbst in seiner Präambel nur als ein Provisorium bezeichnet wird. Doch, wie das mit Provisorien so ist, sie leben ewig. Logisch kam die Kommission zu dem Schluss, das Grundgesetz sei fast unveränderlich als Verfassung zu übernehmen. Ebenso sollte der Name BRD für das wiedervereinigte Deutschland Gültigkeit behalten.

Und wie das bei peinlichen Zwischenfällen so ist: Der Treuhanddirektor Fischer plauderte am 7.10.1992 über ein Gespräch mit Kanzler Kohl, wo dieser zu Verfassungsfragen gesagt haben soll: „ Da kommt mir nichts vom Osten hinein“.

Bevor die Verfassungsfrage des neuen Staates geklärt war, musste noch die politische Struktur umgekrempelt werden. Zwar war durch die Währungsunion die ausschlaggebende Finanzhoheit schon gesichert, aber als Aushängeschild waren noch Wahlen abzuhalten.

Der Runde Tisch hatte den 6.5.1990 als Wahltermin beschlossen. Er wurde jedoch auf den 18.3.1990 vorverlegt, weil durch die schrittweise Etablierung westdeutscher Verhältnisse nachgegeben werden musste. Niemand konnte Kohl Einhalt gebieten. Das Kräfteverhältnis hatte sich dank Begünstigung durch Gorbatschow auf die BRD-Seite verlegt. Ob Einheit oder nicht, meinte er, das würden die Deutschen schon selbst entscheiden, er wolle sich da nicht einmischen, was aber gerade die Einmischung war. Kohl hatte er längst die Initiative des Handelns zugestanden.

Nach Umfragen bestand die Vermutung, dass die Ost-SPD die Wahlen gewinnt. Das hat die CDU/CSU alarmiert, so dass Kohl Vertreter von Ost-CDU, des Demokratischen Aufbruchs und der CSU nach Westberlin bestellte, wo am 1.3.1990 das Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ verkündet wurde. Vorher war intern

bereits festgelegt, dass Lothar de Maiziere Ministerpräsident wird. Die Allianz erreichte allerdings bei den Wahlen keine Mehrheit, sondern nur 48 % der Stimmen. Erst als ihr nach der Wahl noch die Ost-SPD beitrug, war die Mehrheit zusammen geschoben.

Das alles veranlasste Bahr als Beobachter am 19.3.1990 gegenüber TASS zu der Einschätzung: „Was ich in dieser Zeit in der DDR gesehen habe, hat mich zutiefst empört. Die gesamte Wahlkampagne wurde zu einer von der CDU/CSU gesteuerten Aktion gemacht. Bezahlte Gruppen von Jugendlichen entfernten oder überklebten Wahlplakate der SPD. Es ging so weit, dass Lautsprecherwagen mit Mannheimer Nummern, wo bekanntlich die CSU ihren Sitz hat, die Leipziger Straßen überfluteten und über starke Lautsprecher aufgefordert wurde, nicht zu Kundgebungen mit Willy Brandt zu gehen. In kleineren Städten von Thüringen und Sachsen wurde vielen bekannte Mitglieder der SPD und der PDS heimlich Drohbriefe bis hin zur physischen Abrechnung zugestellt. Das war reinster Terror nach Goebbelscher Manier. Ich möchte wiederholen, dass diese politische Schmutz von der Bundesrepublik exportiert wurde.“ Er sagte, dass das die schmutzigsten Wahlen waren, die er je beobachtet habe.

Das sind meine Gedanken, die mir anlässlich des Todes von Kohl in erster Linie als Erinnerung an die Geschichte um die Wiedervereinigungsphase durch den Kopf gehen. Und die natürlich mit meiner Heimat Ostdeutschland und speziell der DDR verknüpft ist.

Es sind auch Erinnerungen an Kohl; solche, wie Kohl als Kanzler die Menschen verkohlt hat. Als Politiker hat er wie andere so wie es passte Lügen, Halbwahrheiten und Wahrheiten verbreitet. Lügen gehört zum Geschäft.

Er ist nur in den Trubel der Wiedervereinigung so hinein geraten, wo er heraus stach und besonders auffiel. Ob in Bonn, wie er sagte, die erfolgreichste Regierung Deutschlands saß, „weil wir doch die Tüchtigsten sind“, sei dahingestellt: Es ist die übliche Angeberei. Damals ließen sich viele Menschen davon beeindruckt.

Heute? Man nimmt die Politik einfach nicht mehr ernst. Wir leben im Überwachungsstaat und kriegen tagtäglich Horrornachrichten über angebliche und wirkliche Terroristen und deren Anschläge serviert, überall herrscht Mord und Totschlag, werden Feuerbrünste gelegt und sind ausgebrochen, Unglücke, Unfälle und Kriminalität en gros gehören zur Tagesordnung wie Krisen und Kriege, Flüchtlinge, aus ihrer zerbombten Heimat vertrieben, ertrinken vielfache im Mittelmeer und sind durch Schleusergeschäfte umgekommen, von ihnen interessieren nur noch die Zahlen, nicht mehr der Mensch.

Die USA, England und Frankreich als Hauptakteure der Krisen- und Kriegsherde erhalten nun in Form des Terrors die Antwort auf ihre feindseligen Übergriffe. Sie sagen dem Terror den Kampf an, obwohl sie ihn doch erst ausgelöst haben! In ihren Ländern plus Deutschland nimmt die soziale Kälte im Zusammenleben der gespaltenen Gesellschaft immer mehr zu.

Da bin ich froh, 40 Jahre in der DDR in Ruhe und Frieden gelebt zu haben, wo ich von all den Übeln der Neuzeit, die „wieder“ zurückgekehrt und gar nicht neu sind, nur zugespitzt, befreit war. Wir hatten sie bereits überwunden und hatten dafür Freizeit für die Entfaltung von Geist und Verstand. Wo eben, siehe oben, die Grundlagen für das eigentliche Leben einer Gesellschaft wenigstens in den Ansätzen gegeben waren. Reich und Arm, wie heute, klafften nicht immer weiter auseinander; es gab sie nicht. Grund dafür war und ist, wie wir erleben, die soziale Ausgeglichenheit. Die gibt es im BRD-System nicht. Als Lösung werden nur quantitative Schritte getan: Mehr Polizei, mehr Gefängnisse, mehr Überwachungskameras usw. Man kann die Symptome nicht greifen; sie sind systemimmanent.

Die DDR hat der Qualität richtigerweise den Vorzug gegeben, geben können. Auf sozialistische Art. Wir hatten auch unsere Probleme. Durch sie ist der Mensch aber nicht verformt worden und konnte sich allseitig entwickeln.

## ***Partei Die Linke: Deutschland verliert eine prägende Persönlichkeit***

**Pressemitteilung vom 16. Juni 2017.**

**Zum Tod von Helmut Kohl erklären die Vorsitzenden von Bundestagsfraktion und Partei DIE LINKE Sahra Wagenknecht, Dietmar Bartsch, Katja Kipping und Bernd Riexinger:**

„Helmut Kohl hat die Bundesrepublik vor dem Jahrtausendwechsel geprägt wie nur wenige andere politische Persönlichkeiten. Er war ein überzeugter Europäer, der zugleich mit der Fehlkonstruktion der Währungsunion eine – von ihm nicht beabsichtigte – Entwicklung einleitete, die Europa heute in seine tiefste Krise bringt.

Er hat die deutsche Einheit zu seinem Anliegen gemacht, wenn auch die wirtschaftliche Weichenstellung zu großen sozialen Verwerfungen in Ostdeutschland führte.

Er hat die soziale Spaltung des Landes nie so groß werden lassen wie seine Nachfolger und es vermieden, die Bundesrepublik in militärische Abenteuer zu stürzen.

Deutschland verliert mit ihm eine prägende Persönlichkeit mit einem widersprüchlichen Erbe. Über alle politischen Differenzen hinweg steht heute die Trauer um einen großen Europäer. Wir versichern seinen Angehörigen unser Beileid.“

*Nachwort der Redaktion: Das ist leider keine Satire und auch keine böse Nachrede, sondern die bittere Realität.*

## 100 Jahre Oktoberrevolution

### ***Frank Flegel: Veranstaltungen zu Ehren der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917***

Es gab im Januar dieses Jahres die Initiative, eine zentrale gemeinsame Veranstaltung 100 Jahre Roter Oktober aus der Taufe zu heben. Anwesend waren bei einer Unterredung am 22. Januar Vertreter von: DKP, RotFuchs, SDAJ, KPD, Freidenkerverband, Kommunistische Initiative Gera 2010, RFB, KAZ (Ausrichtung Kommunismus), Arbeit Zukunft, Rote Hilfe, GRH, Chile-Freundschaftsgesellschaft.

Der gemeinsame Charakter der Veranstaltung soll nach der Konzeption dargestellt werden, indem es drei „Veranstalter“, nämlich die DKP, den RotFuchs und die SDAJ und daneben „Unterstützer“, also alle anderen, gibt. Im Protokoll der KI Gera 2010 vom 27. Januar 2017 heißt es dazu: „Die DKP-seitig gestellte Einschränkung einer Zwei-Stufigkeit der Gestalter als ‚Veranstalter‘ und ‚Unterstützer‘ wird im



Wesentlichen als zweitrangig bewertet.“ Und: „KPD-seitig wird die organisationspolitische Zweistufigkeit kritisch bewertet, die Mitbeteiligung im Sinne der Einheit jedoch nicht ausgeschlossen.“

Das Problem liegt in folgendem: „DKP, RotFuchs und SDAJ nehmen als Initiatoren, teils auch als zahlenmäßig bedeutendste Kräfte maßgeblich Einfluss auf die Konzeption, Planung und Durchführung der Veranstaltung.“ (Protokoll, siehe oben, Hervorhebung: F.F.) Das heißt: die Veranstaltung wird inhaltlich von DKP, RotFuchs und SDAJ bestimmt und alle anderen können mitmachen, haben aber keinen Einfluss. Es ist schon eine besondere Art der Gemeinsamkeit, die da zelebriert wird, vor allem, weil im Protokoll auch steht: „Gegen- oder Konkurrenzveranstaltungen sollten vermieden werden.“ (Protokoll, siehe oben.)

Zugspitzt formuliert heißt das, dass erstens DKP, RotFuchs und SDAJ die Deutungshoheit über das Erinnern an die Oktoberrevolution beanspruchen und dass es zweitens daneben nichts anderes geben soll. Dass dieser Anspruch nicht so reibungslos funktionieren würde, wie sich die drei Veranstalter das gedacht haben, war zu erwarten.

So sind inzwischen drei überregionale Veranstaltungen angekündigt:

In zeitlicher Reihenfolge:

1). Deutscher Freidenker-Verband in Zusammenarbeit mit OKV, GBM, GRH, BüSGM, Arbeiterfotografie, Marx-Engels-Stiftung, Marx-Engels-Zentrum: „Öffentliche wissenschaftliche Konferenz: 100 Jahre Oktoberrevolution – 100 Jahre Dekret über den Frieden. Lehren aus hundert Jahren geschichtlicher Erfahrung im Ringen für eine dauerhaft freie Gesellschaft und für Frieden statt Konfrontation mit Russland“. Termin und Ort: 30. September, Berlin, 10.30-17.00 Uhr

2). DKP/RotFuchs/SDAJ mit den Unterstützern: Arbeiterfotografie, Deutscher Freidenker-Verband, Freundeskreis Ernst-Thälmann-Gedenkstätte, GRH, KAZ, KI Gera 2010, KPD, Marx-Engels-Stiftung, OKV, RFB, Rote Hilfe: „Revolution hat Zukunft. 1917-2017. Hundert Jahre Roter Oktober.“ Termin und Ort: 21. Oktober 2017, Berlin, 11.30 – 22.00 Uhr

3). KPD/GRH/RFB/offen-siv/Freidenker: „Der Zukunft wegen. Gemeinsame wissenschaftliche Konferenz zu Ehren der 100. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution von KPD, GRH, RFB, offen-siv und dem

Freidenker-Verband Deutschland.“ Termin und Ort: 4. November 2017, Dresden, 11.00-18.00 Uhr<sup>34</sup>

### **Die Konzeptionen der Veranstaltungen:**

**1). Deutscher Freidenker-Verband in Zusammenarbeit mit OKV, GBM, GRH, BüSGM, Arbeiterfotografie, Marx-Engels-Stiftung, Marx-Engels-Zentrum: „100 Jahre Oktoberrevolution – 100 Jahre Dekret über den Frieden. Lehren aus hundert Jahren geschichtlicher Erfahrung im Ringen für eine dauerhaft freie Gesellschaft und für Frieden statt Konfrontation mit Russland“.**

**Termin und Ort: 30. September, Berlin, 10.30-17.00 Uhr**

B Mahlow: Die Oktoberrevolution – Aufbruch in gesellschaftliches Neuland

Prof. Dr. H. Hörz: Frauen als Gestalterinnen der Geschichte – Oktoberrevolution und ihre Folgen

M. Kubi: Stalin, Repressionen, Sowjetdemokratie: UdSSR – eine Kriminalgeschichte?

A. Wehr: Über Fernwirkungen der Oktoberrevolution

Dr. M. Linke: Sowjetunion – konsequente Friedenspolitik seit dem Dekret über den Frieden

R. Rupp: Immer wieder ostwärts: Die Konfrontationspolitik der NATO

Prof. Dr. A. Latzo: Alternative Russlands zur Expansion der EU in Osteuropa

**2) DKP/RotFuchs/SDAJ mit den Unterstützern: Arbeiterfotografie, Deutscher Freidenker-Verband, Freundeskreis Ernst-Thälmann-Gedenkstätte, GRH, KAZ, KI Gera 2010, KPD, Marx-Engels-Stiftung, OKV, RFB, Rote Hilfe: „Revolution hat Zukunft. 1917-2017. Hundert Jahre Roter Oktober.“**

---

<sup>34</sup> Diese drei hier vorgestellten Veranstaltungen sind selbstverständlich nicht alle. Es gibt noch weitere zum Teil regionale Veranstaltungen wie beispielsweise diejenige in Leipzig zum – Welch Zufall – 4. November, 10.00 Uhr – 17.00 Uhr, Titel: „Machteroberung 1917 und Machtfrage heute“, Veranstalter: Marxistisches Forum Sachsen und Leipzig, Liebknecht-Kreis Sachsen, KPF Sachsen, Geraer Sozialistischer Dialog, RotFuchs Leipzig, DKP Leipzig, SAV Leipzig, Traditionsverband NVA/DDR-Grenztruppen. Bei der Podiumsdiskussion: Georg Fülberth, Volker Külöw, Ekkehard Lieberam, Lucy Redler, Arnold Schölzel.

**Termin und Ort: 21. Oktober 1017, Berlin, 11.30-22.00 Uhr**

11.30 Uhr: Einlass, 13.00 Uhr: Konferenz

G. Diekmann: Die Oktoberrevolution, Beginn einer neuen Epoche der Menschheitsgeschichte, dies gilt auch nach der Konterrevolution.

B. Mahlow: Oktoberrevolution und Frieden – braucht Frieden die Revolution?

Lesung Schernikau

Grußbotschaft KP Venezuela

SDAJ-Beitrag

D. Dath: Sozialismus ohne Macht? – Macht nichts

P. Köbele: Revolution und Parteifrage

Dazwischen Kulturbeiträge

16.30 Uhr: Podiumsdiskussion

Thema: „Revolution, Staat, Machtfrage und die deutsche Linke heute.“

Teilnehmer/innen: Ellen Brombacher, Patrick Köbele, n.n. (RotFuchs), n.n. (SDAJ), n.n. (Unterstützerkreis – wahrscheinlich KPD).

19.30 Uhr: Konzert

Bejarano und Mikrophone Mafia und Free Willy.

**3). KPD/GRH/RFB/offen-siv/Freidenker: „Der Zukunft wegen. Gemeinsame wissenschaftliche Konferenz zu Ehren der 100. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution von KPD, GRH, RFB, offen-siv und dem Freidenker-Verband Deutschland.“**

**Termin und Ort: 4. November 2017, Dresden, 11.00-18.00 Uhr**

Grußbotschaften

Alla Gigowa: Würdigung der welthistorischen Bedeutung der Oktoberrevolution als das historische Ereignis, das der Menschheit das Tor für eine neue Entwicklungsetappe öffnete.

\*- Voraussetzungen und Bedingungen des Sieges der Revolution 1917:

Gerd Hommel: Lenins Imperialismustheorie und damit zusammenhängend die Klarheit über den Kampf gegen den Opportunismus/ Revisionismus.

Jürgen Geppert: Partei- und Revolutionstheorie.

\*- Voraussetzungen und Bedingungen für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in der UdSSR und den Sieg über den deutschen Faschismus :

Michael Kubi: Aufbau der Planwirtschaft, Kollektivierung der Landwirtschaft, Industrialisierung, Klassenkampf.

\*- Voraussetzungen und Bedingungen für den Niedergang des Sozialismus und schließlich den Sieg der Konterrevolution:

Werner Seppmann: Opportunismus in der Politik gegenüber den Hauptländern des Imperialismus.

Gregor Hollender: Die Chruschtschow-Strategie zur Aushebelung der Planwirtschaft, die Kossygin-Reformen, Gorbatschows Perestroika.

Torsten Schöwitz: Schlusswort

Fragen und evtl. Diskussionen pro Block: 30 Minuten bei fünfminütiger Redezeit pro Meldung.

## **Einschätzung der Veranstaltungen**

Natürlich weiß man vorher nie genau, was hinterher passiert. So auch bei diesen Veranstaltungen. Trotzdem lassen sich aber einige grundlegende Tendenzen erkennen. Diese sollen hier dargestellt werden.

Die DKP/RotFuchs/SDAJ-Veranstaltung will den revolutionären Aufbruch von vor 100 Jahren als Ermutigung für die aktuellen Kämpfe begreifen und in die Gegenwart transportieren. Gleichzeitig soll eine (nicht vorhandene) Einheit dargestellt werden. Aber mit welchen Themen? Einig sind wir uns sicherlich darüber, dass die Oktoberrevolution ein Schritt in eine neue Epoche der Menschheitsgeschichte war. Aber dann? Ein Referat stellt die Frage: „Oktoberrevolution und Frieden – braucht Frieden die Revolution?“ Ja welche Frage! Der Imperialismus wurde zwar schon des öfteren als „friedensfähig“ bezeichnet, hat aber immer wieder bewiesen, dass er es nicht ist. Selbstverständlich braucht der Frieden die Revolution. Die Oktoberrevolution war u.a. deshalb siegreich, weil sie diese Frage eindeutig

beantwortete: ohne Revolution kein Frieden. Ein anderes Referat hat den Titel „Sozialismus ohne Macht? – Macht nichts“. Über den Referenten D. Dath ist bei wikipedia zu lesen: „In *Der Implex*<sup>35</sup>, das Dath zusammen mit Barbara Kirchner verfasste, vertritt Dath die These, dass sozialer Fortschritt von der Beseitigung von Herrschaft abhängt.“ Das klingt nicht nach Diktatur des Proletariats, eher nach anarchistischen Vorstellungen.

In der Podiumsdiskussion sitzt eine Vertreterin der KPF der Partei Die Linke. Da muss man fragen: ist eine Veranstaltung zur Oktoberrevolution eine Bündnisveranstaltung, so etwas wie eine Aktionseinheit, oder ist sie eine Veranstaltung zur Frage der kommunistischen Identität? Mit einer Partei, die niemals eine Oktoberrevolution wollen, sondern sie im Notfall konterrevolutionär zu verhindern suchen würde, würde ich selbstverständlich über antifaschistische Bündnisse, Widerstand gegen den Sozialkahlschlag, über den Friedenskampf, über Streikunterstützung, über internationale Solidarität und noch einiges anders diskutieren, aber nicht über die Frage „Revolution, Staat, Machtfrage...“. Wer soll von reformistischen Positionen etwas lernen und warum gibt man dem linken Feigenblatt der Partei Die Linke hier Raum? Ich kann die Frage nicht beantworten, trotzdem ist sie notwendig.

Interessant ist, was nicht thematisiert wird: Der Aufbau des Sozialismus, der Sieg über den deutschen Faschismus, die seit der Mitte der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts beginnenden Probleme des Sozialismus, die Spaltung der kommunistischen Weltbewegung und die Konterrevolution und ihre Ursachen.

Die Veranstaltung der Freidenker mit ihren Partnern hebt auf einen anderen Schwerpunkt ab: die Frage von Krieg und Frieden, heute besonders brennend natürlich die Bedrohung Russlands durch USA/EU/NATO. Zusätzlich werden wichtige Themen angesprochen: die Frage der Befreiung der Frau, die Stalin-Ära und der Anti-Stalinismus sowie die internationale Bedeutung und Ausstrahlung der Oktoberrevolution. So wird hier das Erbe der Oktoberrevolution, die sich ja an der Frage Krieg und Frieden entschied und deshalb erfolgreich war, auf die heutige Kriegsgefahr bezogen und trotzdem werden wichtige weitere Erfolge in der weltweiten Wirkung thematisiert. Und es gibt hier keine Scheu, zur Thematik Stalin/Anti-Stalinismus Stellung zu nehmen. Da kann man gespannt sein.

Die Veranstaltung von KPD/GRH/RFB/offen-siv/Freidenkern unterscheidet sich etwas von den beiden anderen. Es gibt ein Konzept, das nicht bestimmte Aspekte

---

<sup>35</sup> D Dath mit Barbara Kirchner: *Der Implex. Sozialer Fortschritt: Geschichte und Idee.* Suhrkamp, Berlin 2012

beleuchtet, sondern sich auf die historische Entwicklung bezieht. Dies wurde deshalb gewählt, weil es für unverzichtbar gehalten wurde, sowohl auf die Frage einzugehen, wieso die Sowjetunion nach kaum mehr als 25 Jahren ihrer Existenz in der Lage war, den deutschen Faschismus zu besiegen, als auch die Frage zu klären, wieso die Sowjetunion (und der Sozialismus in Europa) mit der Konterrevolution 1989/90/91 eine solch bittere Niederlage erlitten hat. Ohne die Ursachen für unsere Niederlage, den modernen Revisionismus, zu analysieren und offen zu benennen wird keine Zukunft zu haben sein.

Beim Vorbereitungstreffen war dieser letzte Punkt, die Frage nach den Gründen der Niederlage, ein Problem: die Vertreterin der KAZ argumentierte, dass man mit dieser Frage bestimmte Kreise ausschließen würde, auch sei die Revisionismusfrage nicht ausreichend geklärt. Eine Veranstaltung zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution sei doch eher so etwas wie eine Aktionseinheit. Als die anderen Anwesenden die Frage der Niederlagenanalyse nicht aus dem Veranstaltungskonzept streichen wollten, stellte die Vertreterin der KAZ klar, dass die KAZ dann die Veranstaltung nicht unterstützen und mitveranstalten könne.

So zeigen die Diskussionen um die Veranstaltungen zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution die im Großen und Ganzen ja bekannten Probleme der kommunistischen Bewegung in Deutschland erneut und in aller Klarheit.

Noch immer, nach mehr als 25 Jahren, hat die kommunistische Bewegung in Deutschland keine gemeinsame Antwort auf die Frage nach der Ursache der welthistorischen Niederlage 1989/90/91. Dabei behaupten wir doch, im Besitz der wissenschaftlichen Weltanschauung zu sein. Da passt einiges nicht zusammen.

Eine der Ursachen für diese Unfähigkeit, sich den Ursachen der Niederlage auch nur zu nähern, liegt darin, dass ein nicht geringer Teil der kommunistischen Bewegung in Deutschland genau mit dem tödlichen Gift befallen ist, das die Konterrevolution vor mehr als 25 Jahren erst möglich gemacht hat: dem Opportunismus und Revisionismus. Beide Begriffe sind in gewissen Kreisen „Unwörter“, die nicht benutzt werden (dürfen).

Das war mal anders: *„Am gefährlichsten sind in dieser Hinsicht Leute, die nicht verstehen wollen, dass der Kampf gegen den Imperialismus eine hohle, verlogene Phrase ist, wenn er nicht unlöslich verknüpft ist mit dem Kampf gegen den Opportunismus.“*<sup>36</sup>

---

<sup>36</sup> Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Kapitel X, Der Platz des Imperialismus in der Geschichte.

## ***Josef Stalin: Zum zehnten Jahrestag des Oktobers***

Die Oktoberrevolution darf nicht nur als eine Revolution „im nationalen Rahmen“ betrachtet werden. Sie ist vor allem eine Revolution von internationaler, von Weltbedeutung, denn sie bedeutet eine grundlegende Wendung in der Weltgeschichte der Menschheit, die Wendung von der alten, der kapitalistischen Welt zu der neuen, der sozialistischen Welt.

Die Revolutionen der Vergangenheit endeten gewöhnlich damit, dass am Regierungsruder eine Ausbeutergruppe durch eine andere Ausbeutergruppe abgelöst wurde. Die Ausbeuter wechselten, die Ausbeutung blieb. So war es zur Zeit der Befreiungsbewegungen der Sklaven. So war es in der Periode der Aufstände der Leibeigenen. So war es in der Periode der bekannten „großen“ Revolutionen in England, in Frankreich, in Deutschland. Ich spreche nicht von der Pariser Kommune, die der erste, ruhmvolle, heroische, aber dennoch erfolglose Versuch des Proletariats war, die Geschichte gegen den Kapitalismus zu wenden.

Die Oktoberrevolution unterscheidet sich grundsätzlich von diesen Revolutionen. Sie setzt sich nicht das Ziel, eine Ausbeutungsform durch eine andere Ausbeutungsform, eine Ausbeutergruppe durch eine andere Ausbeutergruppe zu ersetzen, sondern jede Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen, alle und jede Ausbeutergruppen zu vernichten, die Diktatur des Proletariats aufzurichten, die Macht jener Klasse aufzurichten, die von allen bisher dagewesenen unterdrückten Klassen die revolutionärste ist, eine neue, klassenlose, sozialistische Gesellschaft zu organisieren.

Eben deshalb bedeutet der Sieg der Oktoberrevolution eine grundlegende Wendung in der Geschichte der Menschheit, eine grundlegende Wendung im historischen Schicksalslauf des Weltkapitalismus, eine grundlegende Wendung in der Befreiungsbewegung des Weltproletariats, eine grundlegende Wendung in den Kampfmethoden und den Organisationsformen, in der Lebensweise und den Traditionen, in der Kultur und der Ideologie der ausgebeuteten Massen der ganzen Welt.

Das ist der Grund, weshalb die Oktoberrevolution eine Revolution von internationaler, von Weltbedeutung ist. Darin liegt auch die Wurzel jener tiefen Sympathie, die die unterdrückten Klassen aller Länder der Oktoberrevolution entgegenbringen, in der sie das Unterpfand ihrer eigenen Befreiung sehen. Man könnte eine Reihe von grundlegenden Fragen nennen, in denen die Oktoberrevolution auf die Entwicklung der revolutionären Bewegung in der ganzen Welt einwirkt.

1). Die Oktoberrevolution ist vor allem dadurch bedeutsam, dass sie die Front des Weltimperialismus durchbrochen, die imperialistische Bourgeoisie in einem der größten kapitalistischen Länder gestürzt und das sozialistische Proletariat an die Macht gebracht hat. Die Klasse der Lohnsklaven, die Klasse der Gehetzten, die Klasse der Unterdrückten und Ausgebeuteten ist zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit zur Stellung einer herrschenden Klasse emporgestiegen, und ihr Beispiel wirkt ansteckend auf die Proletarier aller Länder.

Das bedeutet, dass die Oktoberrevolution eine neue Epoche eröffnet hat, die Epoche der proletarischen Revolutionen in den Ländern des Imperialismus. Sie hat den Gutsbesitzern und Kapitalisten die Produktionsinstrumente und –mittel weggenommen und in gesellschaftliches Eigentum verwandelt und so dem bürgerlichen Eigentum das sozialistische Eigentum entgegengestellt. Sie hat damit die Lüge der Kapitalisten entlarvt, dass das bürgerliche Eigentum unantastbar, heilig, ewig sei. Sie hat der Bourgeoisie die Macht entrissen, hat der Bourgeoisie die politischen Rechte genommen, den bürgerlichen Staatsapparat zerstört und die Macht den Sowjets übergeben und so dem bürgerlichen Parlamentarismus, der kapitalistischen Demokratie, die sozialistische Macht der Sowjets, die proletarische Demokratie, entgegengestellt. Lafargue hatte Recht, als er schon 1887 sagte, dass am Tage nach der Revolution „allen ehemaligen Kapitalisten das Wahlrecht genommen werden wird“.

Dadurch hat die Oktoberrevolution die Lüge der Sozialdemokraten entlarvt, dass heute ein friedlicher Übergang zum Sozialismus auf dem Wege über den bürgerlichen Parlamentarismus möglich sei. Doch ist die Oktoberrevolution dabei nicht stehen geblieben und konnte dabei nicht stehen bleiben. Nachdem sie das Alte, das Bürgerliche, zerstört hatte, ging sie daran, das Neue, das Sozialistische, aufzubauen. Die zehn Jahre Oktoberrevolution sind zehn Jahre des Aufbaus der Partei, der Gewerkschaften, der Sowjets, der Genossenschaften, der Kulturorganisationen, des Verkehrswesens, der Industrie, der Roten Armee. Die unzweifelhaften Erfolge des Sozialismus in der UdSSR an der Front des Aufbaus haben anschaulich gezeigt, dass das Proletariat imstande ist, das Land erfolgreich ohne die Bourgeoisie und gegen die Bourgeoisie zu regieren, dass es imstande ist, die Industrie erfolgreich ohne die Bourgeoisie und gegen die Bourgeoisie aufzubauen, dass es imstande ist, die ganze Volkswirtschaft erfolgreich ohne die Bourgeoisie und gegen die Bourgeoisie zu leiten, dass es imstande ist, den Sozialismus trotz der kapitalistischen Umkreisung erfolgreich aufzubauen.

Die alte „Theorie“, dass die Ausgebeuteten nicht ohne die Ausbeuter auskommen können, ebenso wie der Kopf und die übrigen Körperteile nicht ohne den Magen auskommen können, ist nicht nur Eigentum des aus der Geschichte des Altertums



bekanntem römischen Senator Menenius Agrippa. Diese „Theorie“ bildet jetzt den Eckstein der politischen „Philosophie“ der Sozialdemokratie im Allgemeinen und der sozialdemokratischen Politik der Koalition mit der imperialistischen Bourgeoisie im Besonderen. Diese „Theorie“, die den Charakter eines Vorurteils angenommen hat, bildet heute eins der ernstesten Hindernisse auf dem Wege zur Revolutionierung des Proletariats der kapitalistischen Länder. Eins der wichtigsten Ergebnisse der Oktoberrevolution ist die Tatsache, dass sie dieser verlogenen „Theorie“ einen tödlichen Schlag versetzt hat.

Braucht man noch zu beweisen, dass diese und ähnliche Ergebnisse der Oktoberrevolution nicht ohne bedeutenden Einfluss auf die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern bleiben konnten noch bleiben können? So allgemein bekannte Tatsachen wie das fortschreitende Wachstum des Kommunismus in den kapitalistischen Ländern, das Anwachsen der Sympathien der Proletarier aller Länder für die Arbeiterklasse der UdSSR und schließlich die vielen Besuche von Arbeiterdelegationen im Lande der Sowjets zeugen zweifellos davon, dass die von der Oktoberrevolution ausgestreute Saat bereits Früchte zu tragen beginnt.

2. Die Oktoberrevolution hat den Imperialismus nicht allein in den Zentren seiner Herrschaft, nicht allein in den „Mutterländern“ erschüttert. Sie hat auch einen Schlag gegen das Hinterland des Imperialismus, gegen seine Peripherie geführt und die Herrschaft des Imperialismus in den kolonialen und abhängigen Ländern untergraben. Die Oktoberrevolution, die die Gutsbesitzer und Kapitalisten gestürzt hat, sprengte die Ketten der nationalen und kolonialen Unterdrückung und befreite von ihr ausnahmslos alle unterdrückten Völker eines riesigen Staates. Das Proletariat kann sich nicht befreien, ohne die unterdrückten Völker zu befreien. Einen charakteristischen Zug der Oktoberrevolution bildet die Tatsache, dass sie diese nationalen und kolonialen Revolutionen in der UdSSR nicht unter der Fahne der nationalen Feindschaft und der Zusammenstöße zwischen den Nationen durchgeführt hat, sondern unter der Fahne des gegenseitigen Vertrauens und der brüderlichen Annäherung zwischen den Arbeitern und Bauern der Völker der UdSSR, nicht im Namen des Nationalismus, sondern im Namen des Internationalismus.

Gerade weil die nationalen und kolonialen Revolutionen in unserem Lande unter der Führung des Proletariats und unter dem Banner des Internationalismus vor sich gegangen sind, gerade darum sind die Pariavölker, die Sklavenvölker zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit zur Stellung von Völkern emporgestiegen, die wirklich frei und wirklich gleich sind, und ihr Beispiel wirkt ansteckend auf die unterdrückten Völker der ganzen Welt. Das bedeutet, dass die Oktoberrevolution eine neue Epoche eröffnet hat, die Epoche der kolonialen Revolutionen, die in den

unterdrückten Ländern der Welt im Bunde mit dem Proletariat und unter Führung des Proletariats durchgeführt werden.

Früher „war es üblich“ zu glauben, die Welt sei von jeher in niedere und höhere Rassen, in Farbige und Weiße, eingeteilt, von denen die einen zur Zivilisation unfähig und dazu verdammt seien, Ausbeutungsobjekt zu sein, die anderen aber die einzigen Träger der Zivilisation seien, berufen, die ersteren auszubeuten. Jetzt muss diese Legende als zerschlagen und erledigt betrachtet werden. Eins der wichtigsten Ergebnisse der Oktoberrevolution ist die Tatsache, dass sie dieser Legende den Todesstoß versetzt hat, indem sie in der Praxis zeigte, dass die befreiten nichteuropäischen Völker, in den Strom der Sowjetentwicklung einbezogen, nicht minder als die europäischen Völker befähigt sind, eine wirklich fortschrittliche Kultur und eine wirklich fortschrittliche Zivilisation zu entwickeln. Früher „war es üblich“ zu glauben, die einzige Methode der Befreiung der unterdrückten Völker sei die Methode des bürgerlichen Nationalismus, die Methode des Abfalls der einen Nation von der anderen, die Methode ihrer Entzweiung, die Methode der Verstärkung der nationalen Feindschaft zwischen den werktätigen Massen der verschiedenen Nationen. Jetzt muss diese Legende als widerlegt betrachtet werden. Eins der wichtigsten Ergebnisse der Oktoberrevolution ist die Tatsache, dass sie dieser Legende den Todesstoß versetzt hat, indem sie in der Praxis die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der proletarischen, internationalen Methode der Befreiung der unterdrückten Völker als der einzig richtigen Methode zeigte, indem sie in der Praxis die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit des brüderlichen Bundes der Arbeiter und Bauern der verschiedensten Völker auf der Grundlage der Freiwilligkeit und des Internationalismus zeigte. Das Bestehen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die ein Vorbild der zukünftigen Vereinigung der Werktätigen aller Länder in einer einheitlichen Weltwirtschaft ist, muss unbedingt als direkter Beweis dafür gelten.

Es erübrigt sich zu sagen, dass diese und ähnliche Ergebnisse der Oktoberrevolution nicht ohne bedeutenden Einfluss auf die revolutionäre Bewegung in den kolonialen und abhängigen Ländern bleiben konnten noch bleiben können. Tatsachen wie das Anwachsen der revolutionären Bewegung der unterdrückten Völker in China, in Indonesien, in Indien usw. und die wachsenden Sympathien dieser Völker für die UdSSR zeugen zweifellos davon. Die Ära der ungestörten Ausbeutung und Unterdrückung der Kolonien und abhängigen Länder ist vorbei. Angebrochen ist die Ära der Befreiungsrevolutionen in den Kolonien und abhängigen Ländern, die Ära des Erwachens des Proletariats dieser Länder, die Ära seiner Hegemonie in der Revolution.

3. Die Oktoberrevolution, die die Saat der Revolution sowohl in den Zentren des Imperialismus als auch in seinem Hinterland ausstreute, die Macht des Imperialismus in den „Mutterländern“ schwächte und seine Herrschaft in den Kolonien erschütterte, hat dadurch die Existenz des Weltkapitalismus als ganzes in Frage gestellt. Ist die spontane Entwicklung des Kapitalismus unter den Verhältnissen des Imperialismus – infolge der Ungleichmäßigkeit dieser Entwicklung, infolge der Unvermeidlichkeit von Konflikten und kriegerischen Zusammenstößen, schließlich infolge des beispiellosen imperialistischen Gemetzels – in den Prozess der Fäulnis und des Sterbens des Kapitalismus umgeschlagen, so musste die Oktoberrevolution und der mit ihr verbundene Abfall eines riesigen Landes vom Weltsystem des Kapitalismus diesen Prozess beschleunigen, Schritt für Schritt die Grundpfeiler des Weltimperialismus untergraben. Mehr noch. Die Oktoberrevolution, die den Imperialismus erschüttert hat, schuf gleichzeitig in Gestalt der ersten proletarischen Diktatur eine mächtige und offene Basis der internationalen revolutionären Bewegung, wie diese sie vorher nie besessen hatte und auf die sie sich jetzt stützen kann. Sie schuf jenes mächtige und offene Zentrum der internationalen revolutionären Bewegung, wie sie es vorher nie besessen hatte und um das sie sich jetzt zusammenschließen kann bei der Organisierung der revolutionären Einheitsfront der Proletarier und der unterdrückten Völker aller Länder gegen den Imperialismus.

Das bedeutet vor allem, dass die Oktoberrevolution dem Weltkapitalismus eine tödliche Wunde geschlagen hat, von der er sich nie mehr erholen wird. Eben darum wird der Kapitalismus nie mehr das „Gleichgewicht“ und die „Stabilität“ wiedererlangen, die er vor dem Oktober besaß. Der Kapitalismus kann sich teilweise stabilisieren, er kann seine Produktion rationalisieren, die Verwaltung des Landes in die Hände des Faschismus legen, die Arbeiterklasse eine Zeitlang niederhalten, aber er wird nie die „Ruhe“ und die „Sicherheit“, das „Gleichgewicht“ und die „Stabilität“ wiedererlangen, deren er sich früher rühmte, denn die Krise des Weltkapitalismus hat eine Entwicklungsstufe erreicht, wo bald in den Zentren des Imperialismus, bald an seiner Peripherie unvermeidlich die Flammen der Revolution hervorbrechen müssen, die die kapitalistischen Flickereien zunichte machen und mit jedem Tag den Sturz des Kapitalismus näher bringen. Ganz so wie in der bekannten Fabel: „Zieht er den Schwanz heraus, bleibt die Schnauze stecken, zieht er die Schnauze heraus, bleibt der Schwanz stecken.“ Das bedeutet zweitens, dass die Oktoberrevolution die Kraft und die Bedeutung, den Mut und die Kampfbereitschaft der unterdrückten Klassen der ganzen Welt auf eine bestimmte Höhe gehoben und die herrschenden Klassen gezwungen hat, mit ihnen als mit einem neuen, ersten Faktor zu rechnen. Heute kann man die werktätigen Massen der Welt nicht mehr als einen „blinden Haufen“ betrachten, der im Finstern umherirrt und keine Perspektive hat, denn die Oktoberrevolution hat für sie einen Leuchtturm errichtet, der ihnen den Weg erhellt

und ihnen eine Perspektive gibt. Gab es früher kein offenes Weltforum, von dem aus man die Hoffnungen und Bestrebungen der unterdrückten Klassen demonstrieren und gestalten konnte, so besteht heute ein solches Forum in Gestalt der ersten proletarischen Diktatur.

Es ist kaum daran zu zweifeln, dass die Vernichtung dieses Forums das gesellschaftliche und politische Leben der „fortgeschrittenen Länder“ für lange Zeit in das Dunkel einer hemmungslos wütenden Reaktion hüllen würde. Es ist nicht zu leugnen, dass schon allein die Tatsache der Existenz des „bolschewistischen Staates“ den finsternen Kräften der Reaktion Zügel anlegt und den unterdrückten Klassen den Kampf für ihre Befreiung erleichtert. Dadurch erklärt sich eigentlich auch der tierische Hass, den die Ausbeuter aller Länder gegen die Bolschewiki hegen. Die Geschichte wiederholt sich, wenn auch auf neuer Grundlage. Wie früher, in der Periode des Untergangs des Feudalismus, das Wort „Jakobiner“ bei den Aristokraten aller Länder Schrecken und Abscheu hervorrief, so ruft heute, in der Periode des Untergangs des Kapitalismus, das Wort „Bolschewik“ bei der Bourgeoisie aller Länder Schrecken und Abscheu hervor. Und umgekehrt, wie früher Paris Zufluchtsstätte und Schule für die revolutionären Vertreter der aufsteigenden Bourgeoisie war, so ist heute Moskau Zufluchtsstätte und Schule für die revolutionären Vertreter des aufsteigenden Proletariats. Der Hass gegen die Jakobiner hat den Feudalismus nicht vor dem Zusammenbruch gerettet. Kann man bezweifeln, dass der Hass gegen die Bolschewiki den Kapitalismus nicht vor seinem unvermeidlichen Untergang retten wird? Die Ära der „Stabilität“ des Kapitalismus ist vorbei, und mit ihr auch die Legende von der Unerschütterlichkeit der bürgerlichen Ordnung. Angebrochen ist die Ära des Zusammenbruchs des Kapitalismus.

4. Die Oktoberrevolution darf nicht nur als eine Revolution auf dem Gebiet der ökonomischen und gesellschaftlich-politischen Beziehungen betrachtet werden. Sie ist zugleich eine Revolution in den Köpfen, eine Revolution in der Ideologie der Arbeiterklasse. Die Oktoberrevolution wurde geboren und erstarkte unter dem Banner des Marxismus, unter dem Banner der Idee der Diktatur des Proletariats, unter dem Banner des Leninismus, der der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen ist. Sie bedeutet daher den Sieg des Marxismus über den Reformismus, den Sieg des Leninismus über den Sozialdemokratismus, den Sieg der III. Internationale über die II. Internationale.

Die Oktoberrevolution hat eine unüberbrückbare Kluft zwischen Marxismus und Sozialdemokratismus, zwischen der Politik des Leninismus und der Politik des Sozialdemokratismus aufgerissen.

Früher, vor dem Sieg der Diktatur des Proletariats, konnte die Sozialdemokratie mit dem Banner des Marxismus prunken, ohne die Idee der Diktatur des Proletariats offen

abzulehnen, wobei sie aber auch nichts, rein gar nichts unternahm, um die Verwirklichung dieser Idee zu beschleunigen; dabei ist klar, dass eine solche Haltung der Sozialdemokratie den Kapitalismus in keiner Weise gefährdete. Damals, in jener Periode, waren formell Sozialdemokratie und Marxismus ganz oder nahezu ein und dasselbe.

Jetzt, nach dem Sieg der Diktatur des Proletariats, da alle mit eigenen Augen gesehen haben, wozu der Marxismus führt und was sein Sieg zu bedeuten hat, kann die Sozialdemokratie nicht mehr mit dem Banner des Marxismus prunken, kann sie nicht mehr mit der Idee der Diktatur des Proletariats kokettieren, ohne eine gewisse Gefahr für den Kapitalismus heraufzubeschwören. Nachdem sie schon lange mit dem Geist des Marxismus gebrochen hatte, musste sie nunmehr auch mit dem Banner des Marxismus brechen, und sie wandte sich offen und unzweideutig gegen die Schöpfung des Marxismus, gegen die Oktoberrevolution, gegen die erste Diktatur des Proletariats in der Welt. Jetzt musste sie sich vom Marxismus abgrenzen und grenzte sich auch tatsächlich von ihm ab, denn man kann sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht Marxist nennen, ohne offen und rückhaltlos die erste proletarische Diktatur in der Welt zu unterstützen, ohne den revolutionären Kampf gegen die eigene Bourgeoisie zu führen, ohne die Bedingungen für den Sieg der Diktatur des Proletariats im eigenen Lande zu schaffen. Zwischen Sozialdemokratie und Marxismus tat sich eine Kluft auf. Von nun an ist der einzige Träger und das einzige Bollwerk des Marxismus der Leninismus, der Kommunismus.

Die Sache hatte aber damit allein nicht ihr Bewenden.

Die Oktoberrevolution, die zwischen der Sozialdemokratie und dem Marxismus eine Trennungslinie zog, hatte weiter zur Folge, dass die Sozialdemokratie im Lager der direkten Verteidiger des Kapitalismus gegen die erste proletarische Diktatur der Welt landete. Wenn die Herren Adler und Bauer, Wels und Levi, Longuet und Blum das „Sowjetregime“ beschimpfen und die parlamentarische „Demokratie“ lobpreisen, so wollen sie damit sagen, dass sie für die Wiederaufrichtung der kapitalistischen Ordnung in der UdSSR, für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Sklaverei in den „zivilisierten“ Staaten kämpfen und kämpfen werden. Der gegenwärtige Sozialdemokratismus ist eine ideologische Stütze des Kapitalismus.

Lenin hatte tausendmal recht, als er sagte, dass die heutigen sozialdemokratischen Politiker „wirkliche Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung, die Arbeiterkommis der Kapitalistenklasse“ sind, dass sie sich im „Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bourgeoisie“ unvermeidlich „auf die Seite der ‚Versailler‘ gegen die ‚Kommunarden‘“ stellen werden.

Es ist unmöglich, dem Kapitalismus ein Ende zu bereiten, ohne dem Sozialdemokratismus in der Arbeiterbewegung ein Ende bereitet zu haben. Deshalb ist die Ära des Sterbens des Kapitalismus zugleich die Ära des Sterbens des Sozialdemokratismus in der Arbeiterbewegung.

Die gewaltige Bedeutung der Oktoberrevolution besteht unter anderem darin, dass sie den unausbleiblichen Sieg des Leninismus über den Sozialdemokratismus in der internationalen Arbeiterbewegung bedeutet. Die Ära der Herrschaft der II. Internationale und des Sozialdemokratismus in der Arbeiterbewegung ist zu Ende. Angebrochen ist die Ära der Herrschaft des Leninismus und der III. Internationale.

„Prawda“ Nr. 255, 6.-7. November 1927, Unterschrift: J. Stalin.

## Kurt Gossweiler

### **Gerhard Feldbauer: Zu Kurt Gossweilers bahnbrechenden Forschungsergebnissen**

Mit seinen herausragenden Werken zur Faschismusforschung hatte sich Kurt Gossweiler einem Schwerpunkt in der Auseinandersetzung mit den reaktionärsten Erscheinungsformen imperialistischer Herrschaft zugewandt und bahnbrechende Leistungen vollbracht. Er war der dabei der Erste, der auch die internationale Vorreiterrolle des Mussolini-Faschismus von der Stunde seiner Geburt an herausarbeitete. Sein Machtantritt 1922 wirkte sich auf das 1920 in Ungarn an die Macht gekommene Horthy-Regime und 1923 in Bulgarien auf die Etablierung der Zankow-Diktatur ebenso aus wie 1926 auf die Errichtung der militärfaschistischen Diktatur unter General Carmona de Fragoso in Portugal. Die Putschpläne Francos wurden 1936 unter Leitung italienischer und deutscher Militärs und der Nutzung der militärischen Erfahrungen vor allem der Mussolini-Faschisten ausgearbeitet. In seiner Darstellung der Entstehungsgeschichte der Hitler-Partei in „Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919–1924“ (Berlin/DDR, 1984) arbeitete Kurt heraus, dass sich Beispiel und Erfahrungen des römischen Faschismus besonders nachhaltig auf die Formierung des deutschen unter Hitler bis zu dessen Machtantritt in Deutschland auswirkten. Das zeigte sich im direkten Einfluss der „Führerpersönlichkeit“ Mussolinis auf Hitler, im Entstehen der Strukturen seiner Bewegung und ihrer Kampfmethoden, besonders der sozialen Demagogie und des Terrors. Führende Kreise des deutschen Industrie- und Finanzkapitals beeindruckte, wie es dem „Duce“ gelang, dem italienischen

Imperialismus in Gestalt der faschistischen Bewegung eine Massenbasis zu verschaffen, über die er vorher nie verfügt hatte. Hitler nannte seine SA wörtlich nach den von Mussolini geschaffenen Squadre d'Azione (Sturmabteilungen). Er übernahm den von Mussolini erfundenen Führtitel „Duce“ und den „römischen Gruß“, mit dem sich dieser mit erhobenem rechtem Arm grüßen ließ. Ein unwesentlicher Unterschied bestand nur in der Farbe der Uniformhemden, die bei den italienischen Faschisten schwarz war, bei den deutschen braun. „Das Braunhemd“, so räumte Hitler in seinen „Monologen im Führerhauptquartier“ noch 1941 ein, „wäre vielleicht nicht entstanden ohne das Schwarzhemd“. Er gestand ebenso, dass Mussolini einmal für ihn „eine ganz große Persönlichkeit“ darstellte.

Nach dem „Marsch auf Rom“ begann die Mehrheit der deutschen Kapitalkreise, die bis dahin dazu geneigt hatte, gestützt auf die Rechtsparteien und die militaristischen Verbände wie den Stahlhelm die Monarchie wieder zu errichten, sich auf eine andere Erfolg versprechende Möglichkeit hin zu orientieren – auf eine bürgerliche Partei faschistischen Typs, wie sie Hitler im Begriff war aufzubauen. Nach dem erfolgreichen „Marsch auf Rom“ begannen dann Ruhrschwerindustrielle um Thyssen und Stinnes Hitler und Ludendorff finanziell kräftig zu unterstützen, damit es diesen gelinge, an der Spitze der bayrischen Reaktion nach dem Vorbild Mussolinis einen ebenso erfolgreichen „Marsch auf Berlin“ durchzuführen. Die führenden Kreise des deutschen Kapitals orientierten sich in Auswertung der 1922 praktizierten römischen Kombination von Putsch mit anschließender „legaler“ Machtübergabe dahingehend, Hitler auf einem ähnlichen Weg an die Macht zu verhelfen, wobei der Schwerpunkt auf den SA-Terror zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung gelegt wurde (Gossweiler, a. a. O., S 304, 320 f.). Hitler und die deutschen Faschisten konnten, als sie dann 1933 an die Macht kamen, nicht nur auf ein Jahrzehnt Erfahrungen der Mussolini-Diktatur zurückgreifen, sondern auch deren Schwächen und Fehler auswerten.

Mit strategischem Weitblick wandte sich Kurt nach dem Sieg der Konterrevolution in der UdSSR und den sozialistischen Ländern Osteuropas einem neuem Forschungsschwerpunkt zu: Der Untersuchung, welche Rolle das Entstehen neuer Erscheinungsformen des Revisionismus in der KPdSU und den kommunistischen und Arbeiterparteien in Osteuropa spielte. Er bewies auf der Grundlage fundierten Quellenstudiums, dass im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges, der insgesamt die Möglichkeiten für das weitere Voranschreiten des revolutionären Weltprozesses erweiterte, zugleich Bedingungen entstanden, die der bürgerlichen Ideologie – vor allem in Gestalt neuer Erscheinungsformen des Revisionismus, auch „moderner Revisionismus“ genannt – Wege des Eindringens nunmehr in die kommunistischen Parteien an der Macht einschließlich der KPdSU eröffneten. Kurt schätzte in „Wider den Revisionismus“ (München, 1997) ein, die Antihitlerkoalition habe „in Teilen der

*Bewegung Illusionen über den Imperialismus genährt; nur der deutsche, italienische und japanische Imperialismus seien ‚böse‘ Imperialismen, die imperialistischen Bundesgenossen dagegen repräsentierten einen ‚guten‘ Imperialismus, von dem keine Gefahr für den Sozialismus mehr ausginge.“*

In den folgenden zwei Bänden „Die Taubenfußchronik oder die Chruschtschowiade“, Bd. I 1953 bis 1957, Bd. II 1957 bis 1976, (Verlag zur Förderung der wissenschaftlichen Weltanschauung, München 1997 bzw. 2002/2005), wurde die schillernde Karriere von Nikita S. Chruschtschow und sein Kurs zwischen Revisionismus und flexibler Außenpolitik zu einem Schwerpunkt der Forschungen Kurts. Er legte, wie gewohnt, mit fundierten Quellen, Chruschtschows Rolle an der Spitze der KPdSU als Wegbereiter des modernen Revisionismus dar, der später Gorbatschow den Weg an die Macht ebnete und zur entscheidenden Ursache der sozialistischen Niederlage 1989/90 wurde.

Chruschtschows Vorgehen war, wie Kurt mehrfach betonte, nicht einfach zu durchschauen, da er stets als Marxist-Leninist und Verteidiger dieser Weltanschauung auftrat. In seiner elfjährigen Amtszeit verabsolutierte er bei dem Versuch, die starren Fronten des kalten Krieges durch flexible Methoden in der Außenpolitik zu durchbrechen, die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen und höhnte sie als Form des Klassenkampfes aus. Damit einher ging die Verallgemeinerung eines friedlichen parlamentarischen Weges zum Sozialismus. Zur Begründung seiner Absetzung wurden der sich verschärfende Konflikt mit der VR China und eine verfehlte Wirtschaftspolitik benannt. Die Auswirkungen seiner elfjährigen Amtszeit waren jedoch bedeutend tiefgreifender und wurden umfassend erst mit dem Untergang der UdSSR und des von ihr angeführten Sozialistischen Lagers in Osteuropa sichtbar. Chruschtschow ebnete Erscheinungen des Revisionismus in den an der Regierung befindlichen kommunistischen Parteien Osteuropas als auch in den kapitalistischen Industriestaaten den Weg.

Kurt schätzte ein, welche verheerenden Auswirkungen auf die kommunistische Weltbewegung 1956 der XX. Parteitag der KPdSU hatte. Das betraf nicht nur die Art und Weise, wie Chruschtschow in seiner Geheimrede am Ende des Parteitages zur Rolle Stalins Stellung nahm. Das berechtigte Eingehen auf Unrecht und Gewaltanwendung wurde von Chruschtschow ohne jeden historischen Bezug und ohne eine generelle Einordnung in revolutionäre Prozesse, in Sonderheit der Entwicklung seit der Oktoberrevolution, vorgenommen. In keiner Weise wurde berücksichtigt, dass in allen Revolutionen der Terror immer von den Verteidigern der bestehenden Ausbeuterordnungen begonnen wurde und sich gegen die Revolutionäre richtete. In der KPdSU-Führung war Chruschtschows Rede weder kollektiv erörtert



noch beschlossen worden. Sie wurde auch nicht als offizielles Parteidokument anerkannt und weder zu Chruschtschows noch Breshnews Zeiten veröffentlicht.

Zu den weitreichenden Auswirkungen des XX. Parteitages gehörte, dass er zum Konflikt mit der KP Chinas führte, die die Vorgehensweise Chruschtschows ablehnte, und er Deformierungen und Fehlentwicklungen in den sozialistischen Staaten bewirkte. Dazu gehörte, dass Chruschtschows Wirtschafts- und Sozialpolitik von Voluntarismus und Wunschdenken geprägt wurde: Verkündung des Aufbaus der Grundlagen des Kommunismus bis 1980, Überholung der höchstentwickelten kapitalistischen Staaten in der Pro-Kopf-Produktion, Orientierung an den konsumorientierten und parasitären Wertvorstellungen des Kapitalismus. Es wurde der abenteuerliche Kurs eingeschlagen, die Auseinandersetzung mit ihm auf dem Feld der Warenproduktion, auf dem dieser eine entscheidende Überlegenheit besaß, zu führen.

Nach der Absetzung Chruschtschows wurde Leonid I. Breshnew Parteichef. Der unter Chruschtschow Fuß gefasste Revisionismus stagnierte zunächst, es wurde jedoch nichts unternommen, ihn zu überwinden. Er bildete den Nährboden, der Michael S. Gorbatschow an die Macht brachte. Dessen Ziel bestand, wie er nach der Niederlage des Sozialismus in Europa 1989/90 offen eingestand, schon lange, bevor er 1985 Generalsekretär wurde, darin, die sozialistischen Gesellschaftsordnungen zu liquidieren und eine kapitalistische Restauration durchzusetzen. In zahlreichen Beiträgen, darunter die Schrift „Die vielen Schalen der Zwiebel Gorbatschow“ (Erstveröffentlichung als Sonderdruck der Kommunistischen Arbeiterzeitung (KAZ) München, Februar 1993, dann veröffentlicht in „offen-siv“, Dezember 1994 und schließlich in dem Sammelband von Kurt Gossweiler: „Wider den Revisionismus“ im Jahre 1997) hat sich Kurt mit den verheerenden Folgen der Politik dieses Renegaten und seiner Gefolgschaft auseinander gesetzt. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, dass „offen-siv“ gemeinsam mit der KPD und anderen beabsichtigt, einen Sammelband dieser Arbeiten Kurt Gossweilers herauszugeben.

Für mich waren die Forschungsergebnisse Kurts auf seinen beiden Strecken Anlass, mich denselben Themen in Italien zuzuwenden: Dem Faschismus und dem Umsichgreifen des neuen Revisionismus in Italien. Nahm doch, um nur ein Beispiel anzuführen, die IKP für sich nicht nur in Anspruch, die von Chruschtschow propagierte Koexistenz gegenüber den USA und der NATO selbst zu praktizieren, sondern sie auch auf die Innenpolitik zu übertragen. In Italien führte das dazu, dass die Revisionisten, nachdem sie die Führung der IKP an sich gerissen hatten, diese 1990/91 mit der Umwandlung in die sozialdemokratische Linkspartei PDS als KP liquidierten. Danach war die so geschwächte Linke 1994 nicht in der Lage, die

Übernahme der Regierung durch den Führer der faschistoiden Forza Italia (FI), Silvio Berlusconi, zu verhindern, die dieser mit Unterbrechungen bis 2011 innehatte.<sup>37</sup>

Von Kurt habe ich zu meinen Arbeiten immer viele wertvolle Ratschläge erhalten. Mit ihm habe ich einen treuen Freund verloren, der mir sehr fehlen wird.

## ***Frank Flegel, Anna C. Heinrich: Über die dreibändige Sammlung der Analysen, Referate, Kritiken, Reden und Briefe Kurt Gossweilers***

Vor allem in der Schriftenreihe der KPD, der KAZ und der offen-siv sind zahlreiche Arbeiten Kurt Gossweilers erschienen – naturgemäß dadurch sehr verstreut.

Auf die Idee, diese verstreuten Arbeiten zusammenzufassen und damit besser und zum Teil auch erneut zugänglich zu machen, kamen wir in einem Gespräch über die Bedeutung, die Kurts Arbeiten für uns hatten. Es schälte sich schnell der Gedanke heraus, diese Arbeiten, die ja in einem Zeitraum von gut eineinhalb Jahrzehnten erschienen waren, zusammenzufassen. Wir sprachen die KPD wegen einer gemeinsamen Herausgeberschaft an, dort waren die Genossinnen und Genossen sehr dafür.

Ende Mai konnten wir an die Arbeit gehen. Als wir uns einen groben inhaltlichen Überblick verschafft hatten, waren wir bei knapp 1000 Seiten. Es mussten also zwei oder drei Bände werden, unsere Druckerei riet uns zu einer dreibändigen Ausgabe. Als wir Kurts Texte nach inhaltlichen, zum Teil auch nach formalen Kriterien auf drei Bände aufgeteilt hatten, es also ein vorstellbares Konzept gab, bemühten wir uns um weitere Mitherausgeber.

So schrieben wir die GRH, die KAZ und den Deutschen Freidenker-Verband an. Die GRH sagte sofort zu, was uns sehr freute.

---

<sup>37</sup> Von mehreren meiner Publikationen darüber möchte ich erwähnen: Kommt mit Berlusconi ein neuer Mussolini?. Flugschriften der Marxistischen Blätter, 6/2001; Marsch auf Rom. Faschismus und Antifaschismus in Italien. Papyrossa, Köln 2002; Wie Italien unter die Räuber fiel. Und wie die Linke nur schwer mit ihnen fertig wurde, Ebd., 2012; 1945 fiel in Italien die Revolution aus. offen-siv, 6/2012; Compromesso storico. Der Historische Kompromiss der IKP und die heutige Krise der Linken. Schriftenreihe „konsequent“ der DKP Berlin, 2/2013; Die Niederlage der Linken in Italien und der Renegat Napolitano. Ebd. 1/2015.

Die KAZ teilte uns mit, dass es nicht möglich sei, uns Artikel von Kurt zuzusenden, wir könnten sie aber von der Internet-Seite der KAZ herunterladen – und man wolle nicht Mitherausgeber sein. Schade, aber nicht zu ändern.

Sehr erfreulich dagegen war die Reaktion des Deutschen Freidenker-Verbandes, bei dem ja durch Kurts Vermächtnis alle Rechte an Kurts Veröffentlichungen liegen. Klaus Hartmann teilte uns mit, dass die Freidenker das Vorhaben gern durch eine Mitherausgeberschaft unterstützen und riet uns, neben dem Verlag zur Förderung der Wissenschaftlichen Weltanschauung, wo ja die „Taubenfußchronik“ und der Band „Wider den Revisionismus“ erschienen sind, auch den Eulenspiegel-Verlag und die DKP anzufragen.

Vom Verlag zur Förderung der Wissenschaftlichen Weltanschauung und von der DKP kam keinerlei Antwort, der Eulenspiegel-Verlag hingegen nahm das Angebot der Mitherausgeberschaft gern an. Ich kann hier vom Eulenspiegel-Verlag auch schon so viel verraten: Der Briefwechsel zwischen Peter Hacks und Kurt Gossweiler wird dort als eigenständiger Band noch in diesem Jahr neu aufgelegt werden.

Wenn Ihr diese Zeilen lest, wird der zweite Band Kurt Gossweiler: „Wie konnte das geschehen?“ mit „Analysen zu historischen Ereignissen“ in die Druckerei gehen.

Unsere Abonnenten bekommen ihn und danach auch den dritten genauso wie den ersten Band im Rahmen des Abos unentgeltlich, aber mit der Bitte um eine Spende, die allerdings keine Bedingung ist, zugesandt – auch wieder mit so einem unpersönlichen Lieferschein. Bitte entschuldigt diese Form, aber eine Mitteilung mit persönlicher Ansprache ist in Büchersendungen verboten.

Das alles kostet eine Menge Geld. Das ganze Vorhaben wird bei etwa 15.000 Euro Vorkasse liegen. Wir bitten Euch eindringlich um Spenden – jeder Euro zählt!

Spendenkonto: Konto Frank Flegel  
IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49,  
BIC: SPKHDE2Hxxx,  
Kennwort: Kurt Gossweiler

Hier die Inhaltsverzeichnisse des zweiten und des dritten Bandes (beide um die 300 Seiten):

**Band II: Analysen zu geschichtlichen Ereignissen**

- \*- Vorwort von Dieter Itzerott
- \*- Zur Strategie und Taktik von SPD und KPD in der Weimarer Republik
- \*- Hintergründe des 17. Juni 1953
- \*- Geheimmission des BRD-Vizekanzlers beim DDR-Vize-Verteidigungsminister 1955 und 1956
- \*- Einige Daten zur Rolle Tito-Jugoslawiens zwischen West und Ost – eine Dokumentation
- \*- Ungarn 1956 – Hintergründe und Zusammenhänge
- \*- Chruschtschow und die Kuba-Krise
- \*- Dieter Itzerott / Kurt Gossweiler: Die Entwicklung der SED
- \*- Genosse Domenico Losurdos „Flucht aus der Geschichte“ – Kritische Anmerkungen

### **Band III: Briefe, Reden, Kritiken, Repliken und Nachrufe**

#### Briefe

- \*- Wendebriefe – Briefe gegen die „Wende“ genannte Konterrevolution;
- \*- Brief an Robert Steigerwald, inklusive vorhergehender und nachfolgender Korrespondenz zwischen Kurt Gossweiler und Robert Steigerwald.

#### Reden

- \*- Rede aus Anlaß des 67. Jahrestages der letzten, illegalen Tagung des ZK der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin;
- \*- Schlußwort Kurt Gossweilers bei der Feier zu seinem 90. Geburtstag am 17. November 2007.

#### Kritiken und Repliken

- \*- Einige Anmerkungen zu Vera Butlers „Hegemonismus“;
- \*- Zur Niederlagenanalyse – Replik auf Fred Müller;
- \*- Antwort an einen Freund (Rolf Vellay);
- \*- Die „Antideutschen“ – wütende Verteidiger der schlimmsten Reaktionäre in der Welt.

### Analysen zur DKP

- \*- Analyse zum DKP-Programm von 2006;
- \*- Quo vadis DKP?

### Nachrufe

- \*- Abschied von Rolf Vellay;
- \*- Zum Gedenken an Hanfried Müller;
- \*- Gedanken zum 50. Jahrestag des Todes von J.W.Stalin.

## Erinnerung an eine leidenschaftliche Revolutionärin

### **Gerhard Feldbauer: Zum 200. Geburtstag von Mathilde Franziska Anneke**

#### **Einer leidenschaftlichen Revolutionärin und Kämpferin für die Rechte der Frau**

*Vorbemerkung der Redaktion: Der Artikel war wegen Franziska Annekes Geburtstag am 3. April vor 200 Jahren für die Ausgabe März-April geplant, musste aber aus Platzgründen auf diese Ausgabe verschoben werden. Wir bitten um Verständnis für die „Verspätung“.*

Mathilde Franziska Anneke, eine leidenschaftliche Teilnehmerin an der deutschen Revolution 1848/49, danach eine herausragende Persönlichkeit der amerikanischen Demokratie- und Frauenbewegung, wurde am 3. April 1817 im westfälischen Sprockhövel, einer heute 25.000 Einwohner zählenden Kleinstadt, geboren. Nach der Scheidung von ihrem gewalttätigen Ehemann lebte sie als alleinerziehende Schriftstellerin mit einer kleinen Tochter unter schwierigen sozialen Verhältnissen.

#### **Ordonanzreiterin in der Revolutionsarmee**

Mit ihrem zweiten Mann Fritz Anneke, einem ehemaligen preußischen Artillerieoffizier, Mitglied der Kölner Gemeinde des Bundes der Kommunisten, der

wegen dieser „Umtriebe“ aus der preußischen Armee ausgestoßen wurde, nahm sie in der letzten Etappe der deutschen Revolution 1849 an den Kämpfen in den Reihen der Badisch-pfälzischen Revolutionsarmee teil. Bereits 1853 erschien in den USA, wohin die Annekes nach der Niederlage der Revolution mit Zehntausenden anderen flüchteten, die Erstausgabe ihrer „Memoiren einer Frau aus dem badisch-pfälzischen Kriegszug“.<sup>38</sup>

Noch heute widerspiegeln diese Erinnerungen die leidenschaftliche Anteilnahme, den Schmerz über die Niederlage, die Trauer über den Verlust so vieler, die ihr Leben hingaben. Sie schreibt, dass sie auch aus Liebe mit ihrem Mann in den Krieg zog, um dann zu gestehen, dass aber vor allem „der Hass, der glühende, im Kampf des Lebens erzeugte Hass gegen die Tyrannen und Unterdrücker der heiligen Menschenrechte“ sie getrieben habe. Ihre Aufzeichnungen endeten mit den Worten: "Lebe wohl, deutsche Erde! Lebe wohl, mein armes unglückliches Mutterland".

Mathilde nahm am Badisch-Pfälzischen Feldzug 1849 als Ordonanzreiterin im Freikorps von Oberst August Willich teil, in dem Friedrich Engels Stabschef und Adjutant war. Sie war in mehreren Gefechten dabei. Ihre Memoiren enthalten detaillierte Schilderungen der Kämpfe, so auch wie Engels bei Rinntal als Kommandeur eines Seitendetachements mehrere Stunden „zeitweise im dichtesten Feuer“ stand. "Sein Eifer und sein Mut wurden von seinen Kampfgenossen ungemein lobend hervorgehoben", schrieb sie.

### **Auf dem Wall der Festung Rastatt**

Unterhalb der Festung Rastatt an der Murg stellten sich am 28./29. Juni 1849 noch 13.000 Kämpfer der Revolutionsarmee der Übermacht von über 40.000 Mann des preußischen Interventionskorps zur letzten Schlacht, die sie, gestützt auf die weitreichende schwere Festungsartillerie, trotz der zahlenmäßigen Unterlegenheit lange Zeit dominierten und die Preußen an verschiedenen Abschnitten sogar weit zurückwarfen. Mathilde verfolgte die zweitägigen erbitterten Kämpfe vom Wall der Festung aus, während ihr Mann unten an der Murg die Artillerie kommandierte. Die Preußen konnten die Schlacht erst für sich entscheiden, als sie überraschend über das neutrale Württemberg vorstießen, die Badisch-Pfälzischen Einheiten unter dem Kommando des polnischen Revolutionärs Ludwik Mieroslawski umgingen und dessen rechten Flügel zerschlugen. Während ein Teil der Truppen nach der Niederlage sich in die Festung zurückzog, marschierten etwa 7.000 Mann nach

---

<sup>38</sup> Newark (New Jersey), später eine Wiedergabe in den "German American Annals" (Philadelphia 1918), Nachdruck Bochum 1976.

Süden. Mit einer Nachhut des Freikorps Willich deckte Engels den Rückzug, der am 11. und 12. Juli bei Lottstetten mit dem Übertritt in die Schweiz endete.

### **Der Exekution entkommen**

Um die Zivilbevölkerung vor dem Artilleriebeschuss zu bewahren, kapitulierte Rastatt am 23. Juli. Der preußische Befehlshaber, General Graf von der Groeben, der eine angemessene Behandlung der Gefangenen zugesagt hatte, ließ stattdessen sofort den Festungskommandanten Oberst Gustav Tiedemann und 27 seiner Offiziere standrechtlich erschießen. Zahlreiche weitere folgten. „Ich habe fast alle gekannt“, schrieb Mathilde. Die Henkersknechte nennt sie „preußische Standrechtsbestien“. Hunderte starben in den Kasematten der Festung ohne medizinische Hilfe an Typhus, unzählige wurden heimlich ermordet, Tausende fielen im ganzen Land dem Terror der Feudalreaktion zum Opfer, Zehntausende wurden gerichtlich verfolgt, insgesamt 700.000 Teilnehmer an den Erhebungen 1848/49 in die Emigration getrieben.

Mathilde und Fritz gelang es zu entkommen, bevor die Preußen den Belagerungsring um die Festung schlossen. Über Straßburg und die Schweiz flohen sie in die USA, wo sie sich zunächst in Milwaukee/Wisconsin, einer Stadt mit zahlreichen Deutschstämmigen, niederließen. Fritz kämpfte später, wie viele aus der badisch-pfälzischen Revolutionsarmee im Bürgerkrieg als Oberst in den Reihen der Unionstruppen.

### **Ringen um politische und soziale Gerechtigkeit**

In Deutschland von bourgeoisen Schreiberlingen als „Flintenweib“ diffamiert, galt Mathilde in den USA als die bedeutendste Frau der Achtundvierziger, die ihren revolutionären Überzeugungen treugebliebenen waren. Ihr Wirken dort um politische und soziale Gerechtigkeit fand große Anerkennung. Sie hielt Vorträge über die deutsche Revolution, über Literatur des Vormärz (Heine, Herwegh, Freiligrath), engagierte sich in fortschrittlichen und politisch radikalen Gruppierungen, trat der Gemeinde der Freidenker bei und wurde später Gründungsmitglied der Frauensektion der I. Internationale. Ab 1852 gab sie die "Deutsche Frauenzeitung" heraus, die sie zweieinhalb Jahre leitete und zu einer für diese Zeit erstaunlichen Auflage von 2.000 Exemplaren brachte. Auf ihren zahlreichen Vorträgen forderte sie Gleichberechtigung und vor allem das Wahlrecht für Frauen, trat für die Aufhebung der Sklaverei und für die Trennung von Kirche und Staat ein. Von der Leidenschaft, mit der sie sprach, zeugten Worte wie diese: "Auf denn, Ihr Schwestern! Werft den hohlen Flitter des Putzes und der Eitelkeit ab und schafft, dass Euch der Mann um dessentwillen liebt, was Ihr seid." In diesem kampferfüllten Leben gebar sie sieben Kinder, von denen sie fünf begraben musste.

Ab 1860 längere Zeit in Europa, gehörten zu ihrem Freundes- und Bekanntenkreis die amerikanische Schriftstellerin Mary Booth, Georg und Emma Herwegh, Gottfried Keller, Ferdinand Lassalle und Gräfin Hatzfeld. Einem neuen revolutionären Aufschwung in Deutschland räumte sie keine Chancen ein.

### **Ein Mädchen-Institut orientiert an der Pädagogik Friedrich Fröbels**

Zurück in den USA gründete sie mit der Lehrerin Cäcilie Kapp, die sie in der Schweiz kennengelernt hatte, 1865 in Milwaukee ein Mädchen-Institut mit Internat, das sich an der Pädagogik Friedrich Fröbels orientierte. Neben Literatur wurde großer Wert auf Mathematik und Naturwissenschaften gelegt und den jungen Frauen eine Lebenssicht vermittelt, die aus dem Kreis "Kinder, Kirche, Küche" herausführen sollte. Das in den USA hoch angesehene Institut zählte bis zu 65 Schülerinnen.

Mathilde Franziska Anneke verstarb am 25. November 1884 in Milwaukee. Zu einer großen Zahl von Nachrufen gehörte auch der in der "New Yorker Zeitung", den die „Hattinger Zeitung“ ihrer Heimatstadt unter der Überschrift "Eine berühmte Deutsch-Amerikanerin" abdruckte. Dass Mathilde eine ehemalige Bürgerin der Stadt war, geriet jedoch bald wieder in Vergessenheit. Erst ein Jahrhundert später änderte sich das.

### **Späte Ehrung**

Lange Zeit in Deutschland ignoriert fand sie seit dem Nachdruck ihrer Memoiren 1976 in Bochum auch in ihrem Geburtsland Aufmerksamkeit. Am Geburtshaus Overleveringhausen in Sprockhövel erinnert eine Gedenktafel an sie. 1988 gab die Bundespost über sie eine Briefmarke in der Reihe „Frauen in der deutschen Geschichte“ heraus. In den 1980er Jahren fand sie Aufnahme in das Figurenprogramm des Kölner Rathauses. Die von der Bildhauerin Katharina Hochhaus gestaltete Figur wurde 1995 an der Ostseite des Turmes aufgestellt. Auskunft über Leben und Wirken Mathildes gibt auch das 1986 eingerichtete Stadtarchiv von Sprockhövel, dessen Grundstein mit Kopien des Nachlasses der Familie Anneke aus den USA gelegt wurde.

Über das kampferfüllte Leben der prominenten Einwohnerin hat die Leiterin des Archivs ihrer Geburtsstadt, Karin Hockamp, eine eindrucksvolle Biografie verfasst. Unter dem Titel „Von vielem Geist und großer Herzensgüte“<sup>39</sup> hat sie der Universitätsverlag Brockmeyer Bochum im November 2012 herausgegeben. Es ist

---

<sup>39</sup> Karin Hockamp: „Von vielem Geist und großer Herzensgüte“. Mathilde Franziska Anneke (1817-1884). Stadt Sprockhövel & Stadt Hattingen. Universitätsverlag Brockmeyer, Bochum 2012. ISBN: 978-3-8196-0881-0. Euro 8,90.



eine fundierte Publikation, gut mit Quellen belegt, einprägsam und menschlich einfühlsam geschrieben, mit zahlreichen Abbildungen illustriert. Dass die Teilnahme an der Revolution in Deutschland, die Mathildes weiteres Leben entscheidend prägte, zu kurz kommt, ist der Tatsache geschuldet, dass Karin Hockamp sich in ihrer Biografie auf ihr atemberaubendes Leben in den USA konzentrierte.

In ihrem Vorwort schrieb die Verfasserin: "In Zeiten, in denen Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit und gleiche Chancen auf Bildung und Wohlstand auch in unserer Gesellschaft in erschreckendem Maße zur Disposition stehen, Werte und Maßstäbe einem dramatischen Wandel unterliegen, kann nicht genügend auf den radikalen Humanismus der Mathilde Franziska Anneke und ihr lebenslanges Streben nach einer besseren Welt hingewiesen werden. Sie hat, allen Schwierigkeiten und Schicksalsschlägen zum Trotz, ihre Ideale nicht nur propagiert, sondern sie auch selbst gelebt."

Weitere ergiebige Quellen: Von und über Franziska Anneke erschienen neben ihren Memoiren über den „Badisch-pfälzischen Kriegszug“ mehrere weitere Publikationen, darunter von Klaus Schmidt „Mathilde Franziska und Fritz Anneke. Eine Biographie“, Köln 1999. Das ausführliche Literaturverzeichnis enthält die zahlreichen Bücher und Schriften Mathildes. Im gleichen Jahr erschien in Münster ein Bericht von Wilfried Reininghaus: „Die Revolution 1848/49 in Westfalen und Lippe“, über die Tagung der Historischen Kommission für Westfalen am 18./19 Februar 1999 in Iserlohn, aus dem der Beitrag von Franz-Werner Kersting „Das Weib in Conflict mit den socialen Verhältnissen. Frauen im Vormärz und in der Revolution 1848/49“ herausragte. Eindrucksvoll die 2004 von Erhard Kiehnbaum „Bleib gesund mein liebster Sohn Fritz...“ veröffentlichten Briefe Mathilde Franziska Annekes an Friedrich Hammacher, 1846-1849. Online ist abrufbar: Anneke, Mathilde Franziska (Biographie im Internetportal „Westfälische Geschichte“ des LWL).

## Resonanz

### ***Gerhard Feldbauer: Zum Bericht über die Einheitskonferenz (offen-siv, 3/2017)***

Es ist aufschlussreich, was in dem Beitrag zur Abwesenheit und Haltung von DKP, KPF oder RotFuchs steht. Ich hätte mir dabei gewünscht die Auseinandersetzung en

Detail zu führen, zum Beispiel konkret zu benennen, was alles an Initiativen unternommen wurde, an wen die Einladungen, auf die es keine Reaktionen gegeben hat, ergingen, ob es und welche anderen Erwidern gab, so auch wer (namentlich) der Funktionär des RotFuchs war, wer an der Veranstaltung am 22. Januar teilnahm und die angeführten „Argumente“ vorbrachte. Diese Fragen habe ich, und das nicht zum ersten Mal, übrigens in meinem Beitrag „Worüber man einmal nachdenken sollte“ (offen-siv, 2/2017) ganz gezielt angesprochen und es hat mich verwundert, dass es, wie in der UZ auch in offen-siv, keinerlei Reaktionen darauf gab.

Andererseits sollte dabei die Auseinandersetzung sachlich geführt werden. Wenn es heißt, „*Die DKP, der RotFuchs und die Kommunistische Plattform der Partei Die Linke bilden inzwischen so etwas wie ein revisionistisch-zentristisches Kartell, leider mit nicht unwesentlichem Einfluss auf die junge Welt.*“, so ist das eine so nicht zutreffende und nicht zu akzeptierende Wertung. Das betrifft auch den Begriff Kartell. Damit charakterisieren wir imperialistische Gruppierungen. Das sind die genannten Kräfte nicht und sie sind global auch nicht unsere politischen Gegner. Wir setzen uns mit bei ihnen vorhandenen opportunistischen Erscheinungen auseinander.

Ich meine, dass wir in der DKP derzeit eine mehrheitlich marxistisch-leninistische Führung mit Patrick Köbele an der Spitze haben, die darum ringt, diese Positionen in der Partei durchzusetzen. Dabei vergesse ich nicht, dass in der DKP eben gegenüber offen-siv wie der KPD sektiererische Ansichten vertreten werden. Vergleichbar trifft diese Einschätzung im Wesentlichen auch auf den RotFuchs so nicht zu. Auch zur KPF kann man sich pauschal so nicht äußern. Ähnlich trifft das auf die junge Welt zu, in der standhafte Kommunisten, die ich sehr schätze und zu meinen Freunden zähle, darum ringen, marxistische Positionen zu wahren bzw. durchzusetzen. Und diese kommen in der Mehrheit der Beiträge täglich zum Ausdruck.

Auch die Formulierung „*Stehr und Co*“ ist nicht angebracht. Stehr bezieht, wie ich es sehe, zentristische Positionen (siehe dazu weiter unten), aber man sollte nicht vergessen, dass er entscheidend mit dazu beigetragen hat, nach 1989/90 die Liquidierung der DKP durch die Revisionisten zu verhindern.

Hier sollte man einfach mal schauen, wie sich Marx und Engels in ähnlichen Situationen verhielten. Bei aller Schärfe, mit der Marx die politisch-ideologische Auseinandersetzung beispielsweise mit dem Begründer des Anarchismus, Michail Bakunin, führte, hat er „*dem alten Revolutionär seine freundschaftliche Gesinnung*“ bewahrt und sich Angriffen, „*die aus seiner näheren Umgebung gegen Bakunin*

*gerichtet worden waren oder werden sollten“* widersetzt.<sup>40</sup> Zu Ferdinand Lassalle, dessen reformistische Orientierung und sein Paktieren mit Bismarck und den preußischen Junkern, die er wie Marx entschieden verurteilte und bekämpfte, hielt Engels nach dessen Tod fest, dass er sich ihnen gegenüber stets als ihr Schüler bekannte „*und stand als solcher auf dem Boden des 'Manifestes'*“.<sup>41</sup>

Die Niederlage des Sozialismus 1989/90 hat uns in vielen Fragen in eine Situation zurückgeworfen, die der Zeit ähnelt, da Marx und Engels um die Schaffung einer revolutionären Partei des Proletariats kämpften. Deshalb sollte man auch hier einfach mal nachlesen, wie sie voringen, welche Strategie und Taktik sie verfolgten und überlegen, was davon schöpferisch auf unserer heutige Lage anzuwenden ist. Wertvolle Hinweise finden sich unter anderem in Marx' Kritik am Gothaer Programm, eingeschlossen Engels Vorwort vom 6. Januar 1891<sup>42</sup>. Dabei kann das heutige Programm der DKP nicht als „Gothaer Programm“ eingeschätzt werden. Denn bei allen Defiziten ist es eine in Grundfragen revolutionäre Programmatik.

Anders ist es bei der KPF. Aber auch ihr gegenüber ist durchaus zu vergleichen, dass Marx und Engels damals gegenüber der in Gotha entstandenen Partei nicht die Aufgabe stellten, sie aufzugeben und eine neue, von revisionistischen Einflüssen freie revolutionäre Arbeiterpartei zu schaffen, sondern sie darum kämpften, „*die richtige politische Linie in der deutschen sozialdemokratischen Partei*“ durchzusetzen.<sup>43</sup> Trotz der opportunistischen Auswüchse des Gothaer Programms stellten sie in den Vordergrund ihrer Wertung die Bedeutung der Herstellung einer einheitlichen Arbeiterpartei. Durch ihr energisches Auftreten gelang es in dieser Periode, die Opportunisten in der Partei zurückzudrängen und zu erreichen, dass das praktische Auftreten der Partei durch revolutionäre Aktionen bestimmt wurde. Sie kämpfte erfolgreich gegen das Sozialistengesetz und fand den richtigen Weg zu den Massen.<sup>44</sup>

Wir können uns heute nicht auf die Einhaltung des Marxismus-Leninismus berufen und gleichzeitig im Wirken für gemeinsames kommunistisches Handeln solch wichtige Erfahrungen, welche Marx und Engels uns dazu hinterlassen haben, ignorieren.

---

<sup>40</sup> Franz Mehring, Gesammelte Schriften, Bd. 3 „Karl Marx, Geschichte seines Lebens, Berlin/DDR 1969, S. 416.

<sup>41</sup> MEW, Bd. 21, S. 353.

<sup>42</sup> MEW, Bd. 19, S. 15 bis 32 und 521 f.

<sup>43</sup> Ebd., S. XI.

<sup>44</sup> Ebd., S. XIII.

Anregen sollte auch, wie Lenin prinzipiell, aber der Situation entsprechend sowohl unter strategischen als auch taktischen Gesichtspunkten klug im Kampf gegen den mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges offen ausgebrochenen Opportunismus auf der Zimmerwalder Konferenz im September 1915 und der im April 1916 in Kienthal vorgeing. Unter den teilnehmenden Sozialisten formierte er aus Internationalisten und revolutionären Marxisten (so seine Formulierung) die revolutionäre Zimmerwalder Linke. „*Der Zusammenschluss der genannten Gruppe ist eine der wichtigsten Tatsachen und einer der größten Erfolge der Konferenz*“, schätzte er ein.<sup>45</sup> Lenin scheute sich nicht, mit der Linken in eine Tagung zu gehen, auf der die Gruppe der „*schwankenden beinahe Kautzkyaner*“ vertreten war und setzte sich mit ihnen entschieden auseinander. Dem Manifest der Tagung, das unter dem Einfluss der Kautzkyaner an „*Inkonsequenz und Halbheit*“ litt, stimmte die Zimmerwalder Linke, Lenin folgend, dennoch zu, weil es „*faktisch einen Schritt vorwärts zum ideologischen und praktischen Bruch mit dem Opportunismus und Sozialchauvinismus*“ darstellte.

Rat bei Lenin sollte man auch suchen, wenn es um heutige Erscheinungen des Zentrismus geht. Lenin billigte Antonio Gramscis Vorgehen, der vor der IKP-Gründung die Sozialistische Partei in eine revolutionäre Partei des Proletariats umgestalten wollte und dabei nicht nur den Kompromiss einging, auf die Annahme des Namens Kommunistische Partei zu verzichten, sondern auch noch ein Bündnis der Kommunisten mit den Zentristen gegen die Reformisten suchte.

Wertvolle Erfahrungen vermittelt Gramscis sehr geduldiges Herangehen in den Jahren 1919/20 an die Schaffung einer revolutionären Arbeiter-, später Kommunistischen Partei.<sup>46</sup>

---

Frank Flegel

Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde

Postvertriebsstück

DPAG, H 14360

---

<sup>45</sup> Lenin Werke, Bd. 21, S. 389ff

<sup>46</sup> Um den Leser nicht mit italienischen Quellen zu belasten, darf ich auf meine „Geschichte Italiens...“, 2. Auflage, Papyrossa-Verlag, Köln 2015, S. 80 ff. verweisen, in der auf auch in Deutsch vorliegende Werke Gramscis zurückgegriffen wird.

Entgelt bezahlt